

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,00 M., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf., Postabonnements: 1,50 M. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. Blatt.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Pfg., für kleine Anzeigen, das festgebundene Blatt 20 Pfg. (zweiwöchentlich 2 festgebundene Blätter), jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenanzeigen und Schiffsanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 9. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kartoffeln in Gefahr!

Von Otto Braun.

Diesen alarmierenden Notruf ließ in ihrer Nr. 391 vom 2. d. M. das Organ des „Bundes der Landwirte“, die „Deutsche Tageszeitung“, aus. Von zuverlässiger Seite wäre ihr mitgeteilt worden, daß sich vielfach alte Kartoffeln in der Mark in der Gefahr des Verderbens befänden. Schnell müßte den Besitzern dieser Kartoffeln hinreichend bekanntgemacht werden, daß das Verbot des Verfütterns aufgehoben sei, um auf schleunige Verfütterung der gefährdeten Kartoffelbestände hinzuwirken.

Da haben wir im Winter wochenlang und auch jetzt noch, kurz bevor die ersten Frühkartoffeln auf den Markt kamen, bitterste Kartoffelnot gelitten. Angeblich waren selbst durch gründlichste Kontrolle keine Kartoffelbestände zu ermitteln gewesen. Und nun auf einmal teilt eine „zuverlässige Seite“ mit, daß in der Mark, also vor den Toren von Berlin, noch erhebliche Mengen alter Kartoffeln vorhanden und der Gefahr des Verderbens ausgesetzt wären. Handelt es sich nur um kleine Mengen, würde die „Deutsche Tageszeitung“ wahrlich nicht solchen Alarm schlagen. Man sieht, trotz zweijähriger Kriegswirtschaft und trübster Erfahrungen gerade auf dem Gebiete der Kartoffelverfütterung, ist es noch immer möglich, Kartoffeln in erheblichen Mengen so lange zurückzuhalten, bis sie in die Gefahr des Verderbens geraten.

Aber nicht nur alte Kartoffeln sind in Gefahr. Nach den skandalösen Vorgängen der letzten Tage scheint mir der Notruf „Kartoffeln in Gefahr!“ noch dringender geboten in bezug auf die neue Kartoffelernte. Hier hat das unverhüllte Profitinteresse einzelner Kartoffelerzeuger der Volksernährung bereits unerfesslichen Schaden zugefügt, der, wenn nicht schnell und energisch eingegriffen wird, einen immer größeren Umfang annimmt.

Die Regelung der Kartoffelverfütterung für das neue Erntejahr war die erste umfassende Maßnahme des neuen Kriegsernährungsamts. Kein Zweifel, sie hat in ihrer Ausführung bereits mit einem kläglichen Mißrat begonnen. Von dem verhängnisvollen Grundjah geleitet, die Preise so festzusetzen, daß sie auf die Kartoffelerzeuger als Lockmittel zur rechtzeitigen Herausgabe der Kartoffeln wirken, sind die Preise nach einer abgleitenden Skala festgesetzt worden. Dem Erzeuger soll gezahlt werden vom 16. bis 31. Juli der Zentner mit 10 M., vom 1. bis 10. August mit 9 M., vom 11. bis 20. August mit 8 M., vom 21. August bis 15. September mit 7 M., und vom 16. bis 30. September mit 6 M. Will man schon, was ich in der heutigen Zeit für falsch und das Volk über Gebühr belastend halte, durch die Preisgestaltung auf die rechtzeitige Lieferung der Lebensmittel einwirken, dann ist die Preisbemessung nach einer abgleitenden Skala richtig, vorausgesetzt, daß die Preisätze lediglich nach Maßgabe der Produktionskosten unter Einräumung des üblichen Gewinns an die Produzenten bemessen sind.

Bei den oben genannten Kartoffelpreisen kann davon keine Rede sein. Sie übersteigen die Produktionskosten um das Vielfache und sichern den Produzenten riesige Kriegsgewinne. Deshalb haben diese auch, um sich möglichst den höchsten Gewinn zu sichern, noch vor dem 31. Juli weit über den Bedarf hinaus große Mengen zum Teil noch unausgereifter Kartoffeln auf den Markt geworfen, die infolge ihrer Beschaffenheit und weil sie bei der Ernte und der Verladung nicht sachgemäß behandelt wurden, die Verbrauchsgebiete meist in einem Zustand erreicht haben, der sie für die menschliche Ernährung, ja selbst zur Verfütterung an Schweine unbrauchbar macht. In allen Teilen des Reiches stehen hunderte Waggons mit Kartoffeln, deren faulender Inhalt zum Himmel stinkt. Viele tausend Zentner Kartoffeln sind bereits verdorben, und das in einer Zeit der allgemeinen Knappheit, wo man in Schule und Presse unausgesetzt Belehrungen verbreitet, wie notwendig es sei, sorgsam und sparsam mit Lebensmitteln umzugehen, wo man fortgesetzt neue wildwachsende Pflanzen entdeckt, die noch zur menschlichen Ernährung herangezogen werden könnten.

Es ist ja verständlich, daß die den landwirtschaftlichen Produzenten ergebene Presse sich bemüht, die Schuld an diesem neuen Kartoffelskandal von den Landwirten abzuwälzen und den städtischen Verwaltungen zuzuschreiben, die nicht rechtzeitig Einrichtungen getroffen hätten, um faulend angelommene Kartoffeln so aufzubewahren, daß sie in genießbarem Zustande an die Verbraucher abgegeben werden können. Die Heuchelei zu weit getrieben ist es doch aber, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ vom 5. d. M. schreibt:

„Den Landwirten dafür eine Schuld aufzubürden, daß sie den dringenden Hilferuf der Städte mit allen Kräften zu entsprechen bemüht waren, ist unbegründet und ungerade.“

Also nur der dringende Hilferuf der Städte hat die Landwirte veranlaßt, jene mit faulenden Kartoffeln zu überschwemmen. Nur um den Städten zur Hilfe zu kommen, buddelte man schnell auch die unausgewachsenen, stark wasserhaltigen Kartoffeln aus, schleppte sie nah und mit Erde befüllt zur Bahn, schüttete sie dort in sinnloser Fülle in die Wagen und ließ sie abgeben, obwohl sich jeder Landjunge sagen mußte, daß sie ihren Bestimmungsort nicht gesund erreichen könnten. Und der Antrieh zu diesem empörenden Verfahren soll nur in der rührenden Hilfsbereitschaft der

Kartoffelerzeuger zu suchen sein. Vielleicht findet die „Deutsche Tageszeitung“ einen starken Mann, der ihr das glaubt.“
 Ihr Parteifreund Arnstadt, Mitglied des Reichstages, scheint doch die Angelegenheit etwas anders, der Wirklichkeit näher kommend zu beurteilen, wenn er in ihrer Nr. 393 vom 6. d. M. schreibt:

„Da nun die Kartoffelstellen als unbeschränkte Käufer auftreten, lag es in der Natur der Sache, daß die Anbauer von Frühkartoffeln sich den Preis zu sichern suchten und, da die Getreidernte sich verzögerte, die Zeit zum Kartoffelrodnen benutzten, so daß wir jetzt im Ueberfluß von Frühkartoffeln schwimmen.“

Um sich den hohen Preis zu sichern, also von nacktem Eigennutz getrieben, gab man viele tausend Zentner Kartoffeln dem Verderben preis, nicht um den Städten zu helfen, die jetzt nur den Gestank der faulenden Kartoffeln haben, und aus ihrem Stadtbüchel noch den Schaden bezahlen müssen.

Doch das Verdorbene ist dahin und läßt sich nicht mehr ersehen. Die Hauptfrage ist jetzt: wie kann in Zukunft verhindert werden, daß durch rücksichtslose Gewinnsucht wichtige Lebensmittel derart vergeudet werden?

Nur durch vollständigen Bruch mit der verfehlten Preispolitik, die sich den Anreiz der Gewinnsucht zum Ziel gesetzt hat, kann das erreicht werden. Deshalb muß die Preisfestsetzung für Kartoffeln sofort geändert werden. Eine Herabsetzung der Preise zum mindesten auf den Winterkartoffelpreis ist dringend geboten und muß schnell erfolgen, da jeder Tag des Weiterbestehens der zurzeit geltenden Preisskala unermesslichen Schaden an den heranwachsenden Kartoffelbeständen anrichtet.

Wird doch aus einzelnen Teilen des Reiches gemeldet, daß die Kartoffelerzeuger bereits dazu übergehen, die in der Entwicklung gut vorgeschrittenen, aber noch ganz unausgereiften Spätkartoffeln auszunehmen, um sich noch einen möglichst hohen Preis zu sichern. Daß der Ueberfluß in den Städten bereits fault, schert diese Leute offenbar sehr wenig; sie wissen: je früher die Lieferung, desto höher der Preis. Da schreit man dann einfach nach Erntehilfe für das Getreide und spannt alle Kräfte an, um schnell Kartoffeln an den Markt zu bringen, bevor der Zentnerpreis wieder um eine Mark sinkt.

Hätte ich doch dieser Tage Gelegenheit zu beobachten, wie selbst die königliche Domäne Dahlem bei Berlin Hafer und Gerste, die vor etwa 1½ Wochen bereits geschnitten sind, liegen läßt und die Arbeitskräfte, die es binden und aufstellen könnten, mit dem Ausnehmen von Kartoffeln beschäftigt.

Daß die verfehlte Preisbemessung so wirken muß, liegt durchaus in der Natur der Sache, wie der mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen durchaus vertraute oben erwähnte Herr Arnstadt ganz richtig hervorhebt.

Aufgabe der Regierung ist es aber, das Volk vor den Folgen der rücksichtslosen Betätigung des Eigennutzes gewisser landwirtschaftlicher Besitzer zu schützen. Deshalb muß mit der Anreizung dieses Eigennutzes gerichteten Preispolitik unter allen Umständen gebrochen werden. Die gebieterische Forderung des Tages ist daher: Herunter mit den Preisen!

Friedensversammlung in Stockholm.

Stockholm, 8. August. (Z. U.) Zur Feier des Friedenssonntags wurden in Schweden zahlreiche Versammlungen abgehalten. In Stockholm fand ein Demonstrationstag der Arbeiter statt, der 12 000 Teilnehmer zählte. In einer Resolution, die auf den Versammlungen zur Annahme gelangte, wurde die Notwendigkeit eines baldigen dauernden Friedens betont, der den Völkern freie Entwicklung sichert und eine Rechtsordnung herbeiführt, die Waffenrüstungen unnötig macht. Die schwedische Regierung wird aufgefordert, an der Einberufung einer Konferenz aller neutralen Staaten mitzuarbeiten, die im geeigneten Augenblick den Frieden vermitteln und einen Weltkongress zur Gründung eines Staatensystems auf den Prinzipien des Rechts statt der Macht vorbereiten soll.

Die Friedensbewegung in England.

Die „Post“ meldet: Eine Anzahl bekannter englischer Persönlichkeiten, u. a. das Unterhausmitglied Bird, Lord Courtney (Mitglied des Oberhauses) und der Vertreter Englands auf der zweiten Friedenskonferenz, Frey, verbreiten ein Manifest mit Friedensbedingungen, die in der Hauptsache mit denen der Stockholmer Konferenz übereinstimmen.

Die Tagung des französischen Nationalrats.

Ueber den Verlauf der soeben stattgefundenen Sitzungen des Nationalrates der französischen sozialistischen Partei sind wir vorläufig auf die recht dürftigen telegraphischen Berichte

*) Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, daß es auch einige Sozialdemokraten gibt, die in dem Bestreben, die Städte in der Kartoffelfrage als Sündenböcke bloßzustellen, die „Deutsche Tageszeitung“ an Eifer noch übertreffen.
 Die Redaktion des „Vorwärts“.

angewiesen. Indem wir uns ein näheres Eingehen auf diese wichtige Tagung vorbehalten, wenn genauere Berichte vorliegen, geben wir nachstehend eine Zusammenfassung der vorliegenden Meldungen wieder.

Der „Post“ wird unter dem 7. d. M. aus Genf u. a. gemeldet:

In der Sitzung vom Sonnabendmorgen begannen die Verhandlungen über die große Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen mit der deutschen Sozialdemokratie. Die Minderheit bringt einen Antrag ein, der verlangt: 1. die Einberufung eines sozialistischen Kongresses der alliierten Länder zur Vorbereitung der sofortigen Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen. Die gleiche Konferenz soll bei den alliierten Regierungen zwecks Einleitung der Friedensverhandlungen vorstellig werden. Das Ergebnis des Kongresses würde damit zugleich eine günstige Einwirkung auf die Moral der Soldaten in den Schützengräben ausüben.

Der Antrag verlangt 2. von der französischen Regierung die genaue Definierung der Kriegsziele. Diese Definierung ist nach der Erklärung Miljukoffs, der die Annexion Konstantinopels durch Rußland verlangte, unumgänglich. Der Antrag verlangt einen reinen Verteidigungskrieg ohne jede Annexion. Diese These wird von den Abgeordneten Fabre und Deguise verteidigt. Abgeordneter Brizon verliest eine Erklärung, die die Einberufung eines Parteitages für September verlangt, um die Abhaltung einer internationalen sozialistischen Konferenz im Haag am 2. November zu ermöglichen. Brizon betont, daß sich von 28 Sektionen der Internationale lediglich die französische gegen diese Konferenz ausgesprochen hat. Die von der Mehrheit eingebrachten Thesen zeigen sich der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen nicht grundsätzlich feindlich. Die Sprecher der Mehrheit sind vornehmlich Braude und Marcel Cachin.

Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen unterrichten folgende Meldungen:

Paris, 7. August. (Z. U.) Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat mit 1820 gegen 1075 Stimmen die Priorität für einen vom Minister Sembat unterfertigten Beschlußantrag Renaudel angenommen. Dieser weist die Richtung Zimmerwald-Rienenthal als gefährlich zurück, erklärt jede These, die nicht entschieden das Recht des angegriffenen Landes, sich zu verteidigen, proklamiert, für antisozial und betont im weiteren die Notwendigkeit, von der Regierung Erklärungen zu erhalten, in denen der Wille, einen auf der Wiederherstellung des 1871 verletzten Rechtes begründeten dauerhaften Frieden zu erlangen, bekräftigt wird.

Genf, 8. August. (Meldung des „Vol.“) Der französische Sozialistenschloß den sichgehenden Zwiespalt zwischen den Anhängern und Gegnern der Bestrebungen auf eine sofortige Andahnung des Friedens ab. Die letzteren vereinigten unter der Führung des Parteiministers Sembat 1820 Stimmen auf die damit angenommene Tagesordnung Sembat-Renaudel, welche die Fortsetzung des Krieges gutheißt und die Wiederaufnahme eines Verkehrs mit den sozialdemokratischen Gruppen der Mittelmächte für verfräht erklärt. Die Minderheit von 1075 Stimmen wird ihre Verarbeitung für das Zustandekommen einer Haager internationalen Sozialistenkonferenz fortsetzen. Die Haltung des Ministers Guesde ist zweifelhaft.

Graf Andrássy und die Zukunft Polens.

Die „Tägliche Rundschau“ brachte in ihrer Sonntagnummer folgende Meldung der „München-Augsburger Abendzeitung“:

„Entgegen anders lautenden Meldungen erfahren wir zuverlässig, daß der Berliner Reise des Grafen Andrássy ein hochpolitischer Charakter beigegeben werden darf. Es steht unzulässig fest, daß dieser Politiker und frühere Minister zu den politisch bedeutendsten Männern der österreichisch-ungarischen Monarchie gehört, wie ja auch in Berlin anerkannt und betont worden ist.“

Wohl in diesem Zusammenhange brachte der „Berliner Lokal-Anzeiger“ gestern abend an der Spitze des Blattes folgende Meldung:

„Die kürzlich unterbrochenen Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn über die polnische Frage werden demnächst fortgesetzt werden, und man nimmt an, daß sie dieses Mal auch zum Abschluß gebracht werden sollen.“

Wie wir hören, ist die vor einigen Tagen verbreitete Meldung, Graf Andrássy hätte eine Einladung ins deutsche Hauptquartier erhalten und sei dorthin abgereist, nicht zutreffend. Vermutlich handelt es sich hier um eine Verwechslung mit dem österreichisch-ungarischen Hauptquartier.“

Aufteilung Persiens?

Kopenhagen, 7. August. (Z. U.) Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur haben die Gesandten Rußlands und Großbritanniens in Teheran und die persische Regierung am 6. August Noten ausgetauscht, durch welche zwischen den drei Ländern ein Einvernehmen erzielt worden ist, das die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England, Rußland und Persien endgültig beseitigt und verschiedene Fragen hinsichtlich der finanziellen und militärischen Organisation Persiens für alle Teile günstig löst. Was diese letztere anbetrifft, so wird sie im nördlichen Persien durch die Entwicklung einer persischen Brigade mit Hilfe russischer Instrukturen und in Südpersien durch die Bildung genügend starker Kontingente mit Hilfe englischer Instrukturen verwirklicht werden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 8. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Nördlich der Somme und in der ganzen Gegend von Chaumes lebhafter Artilleriekampf. Auf dem rechten Ufer der Maas griffen die Deutschen nach Artillerievorbereitung das Werk Thiamont an. Sie wurden durch unser Sperrfeuer angehalten, konnten nicht vordringen und wurden in ihre Ausgangsgräben zurückgeworfen. In den Wäldchen von Vaug und Chapire begann um 7 1/2 Uhr abends ein Angriff, der sich durch heftige Beschichtung angekündigt hatte. Artillerie- und Maschinengewehrfeuer brach den Angriff, der vollständig scheiterte. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Flugdienst. An der Sommefront lieferten die französischen Flugzeuge gestern zahlreiche Besuche. Drei Flugzeuge wurden bei Noigette, Dniécourt und Resles abgeschossen. Drei andere, die ernstlich getroffen waren, wurden in den deutschen Linien landen. Außerdem wurden zwei deutsche Fesselballons zerstört. In der Nacht vom 6. zum 7. August warfen französische Flieger 20 Granaten auf den Bahnhof von Metz-Sablons, dreißig auf den Bahnhof von Thionville, fünfundsiebzig auf Fabriken in Rombach und zwölf auf Divalis in Etain.

Amtlicher Bericht von Montag abend. Nördlich der Somme nahmen unsere Truppen in glänzender Weise am Ende des Nachmittags eine Linie deutscher Schützengräben zwischen dem Gehölz von Gem und dem Fluße östlich des Gehölzes Monacu; 120 Gefangene und ungefähr 10 Maschinengewehre blieben in unseren Händen. Südlich der Somme war unsere Artillerie sehr tätig und richtete ein wirksames Zerstörungsgewehr auf feindliche Batterien in der Gegend von Bihons. Auf dem rechten Ufer der Maas haben wir im Verlauf einer Einzelunternehmung südlich des Werkes Thiamont Fortschritte gemacht. Wir haben fünf Maschinengewehre erbeutet und in den eroberten Teilen zahlreiche deutsche Leichen gefunden. Nach einem ziemlich lebhaften Kampf nahmen wir einige Häuser des Westendes des Dorfes Fleury.

Belgischer Bericht. Im Laufe der Nacht und des Tages war die Artillerie an der Front der belgischen Armee tätig, besonders gegen Dismulden und Steenstraete. Ein Leichtenwerferkampf der stattfand, endete zu unseren Gunsten.

Die englische Meldung.

London, 7. August. (W. Z. V.) Amtlich. General Haig berichtet: Die Lage ist unverändert. Feindliche Gegenangriffe bei Pozieres, Reubille und Saint Maast wurden zurückgeschlagen. Wir haben das ganze gestern eroberte Gelände in Besitz gehalten.

London, 7. August. (W. Z. V.) Kritischer Heeresbericht. Nördlich und nordöstlich von Pozieres richtete der Feind nach heftiger Beschichtung um 4 Uhr morgens entschlossene Angriffe gegen unsere neuen Linien. Er drang an einigen Stellen in unsere Gräben ein, wurde aber mit starken Verlusten daraus vertrieben. Zwei starke Angriffe, die um 9 Uhr vormittags angelegt wurden, sind gleichfalls zurückgeschlagen worden. Ein weiterer schwacher Angriff wurde nachmittags 4 Uhr abgewiesen, eine größere Anzahl Gefangener wurden eingebracht. Unterwärts kleinere Zusammenstöße, in denen unsere Handgranatenwerfer erfolgreich waren.

Der zuverlässliche Joffre.

Paris, 8. August. (Z. U.) Nach einer Meldung der Havas-Agentur erklärte General Joffre den Vertretern der amerikanischen Presse, welche er gestern empfing, folgendes: Wir wissen bestimmt, daß unsere Feinde jetzt ihre letzten Reserven aufbrauchen. Bis heute konnten sie ihre Reserven von einer Stelle nach der andern werfen; infolge des gemeinschaftlichen Handelns der Verbündeten ist ihnen das aber jetzt unmöglich geworden. Die Länge der Krieg noch dauern wird, kann ich nicht sagen. Vielleicht noch Wochen, vielleicht noch Monate, bevor der definitive Zusammenbruch der feindlichen Streitmacht erfolgt; aber kommen wird er sicher. Sie so wohl wie wir fühlen, daß wir den Wendepunkt des Krieges erreicht haben. Es sind jetzt 5 Monate her, seit die Franzosen bei Verdun den Feinden den heftigsten Widerstand entgegensetzten. Die Junge der Woge scheint sich nun endgültig zu unseren Gunsten zu neigen.

Ich will auch auf die Moral der französischen Truppen hinweisen, deren Energie nach zwei Jahren Krieg noch ungechwächt ist. Das Land ist fest entschlossen, den Kampf durchzuhalten bis der Sieg errungen ist, und die Verbündeten werden nicht eher das Schwert in die Scheide stecken, als die Freiheit der Welt endgültig verbürgt ist.

Die Neuordnung des Oberbefehls im Osten.

Nach Mitteilungen von zuständiger Seite ist der Oberbefehl an der Ostfront in folgender Weise geregelt worden: Die Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg erstreckt sich von der Ostsee bis westlich Karpopol, wo die Armee von Wdym-Ermolli ihren Südfügel bildet. Daran schließt sich die Front des Erzherzogs Thronfolger Karl, zu der die deutsche Südarmerie, die Armee von Roebek und die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen in den Karpaten gehören.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 8. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 7. August nachmittag.

Westfront. Ein feindliches Geschwader von 7 Flugzeugen warf auf mehrere Ortschaften östlich vom Stochod Bomben ab und beschadigte sie. Es verursachte nur geringen Schaden. Am Stochod griff der Feind an mehreren Stellen an, wurde aber überall abgewiesen. Unser Vorgehen in der Gegend der Flüsse Graberka und Sereth dauert an. Unsere Truppen eroberten eine gut ausgebaute feindliche Stellung in der Gegend der Dörfer Juhjine (? Juhjyn) — Tronstjan (Troscianec) — Meniow (Meniow ?). Es fanden heftige Bajonettkämpfe in den Gehölzen dieser Gegend statt. Der Feind macht Gegenangriffe. Alle Kämpfe werden unter äußerst schwierigen Umständen geführt infolge des ununterbrochenen Regens, der den Boden aufweicht. An dem Koropiec-Bach unternahm der Feind mehrere energische Angriffe in der Gegend von Belesnion, die wir sämtlich mit großen Verlusten für den Gegner abwiesen. Am Gzaryn Czerebnojsch südlich Worochta drängte der Feind unsere Kavallerieposten etwas zurück.

Kaukasus. In der Gegend von Kelti Chistil und Erzindjan kamen unsere Truppen nach einige Werst vor. Nördlich des Flusses Murad machten die Türken einen Angriff, der den ganzen Tag anhielt. Unsere Truppen wiesen ihn ab. In der Gegend von Musch schien die Türken ihre erbitterten Angriffe fort und zwangen uns, ein wenig nach Norden zurückzugehen.

In der Gegend von Wikkis unternahm die Türken mit starken Kräften, unterstützt von Kurden, einen heftigen Angriff, den wir mit Erfolg durch unser Feuer, durch Handgranaten und durch Gegenangriffe abwiesen.

Amtlicher Bericht vom 7. August abends. Westfront. Am Stochod, in der Gegend von Jarceze warfen unsere Truppen in einem heftigen Angriff den Feind aus einem Teil seiner Gräben und setzten sich darin fest. Sie machten 12 Offiziere und gegen 200 Soldaten mit einem Maschinengewehr zu Gefangenen. Am Sereth, in einem Abschnitt, den wir im Laufe des Tages besetzt hatten, bauten wir unseren Erfolg im nördlichen

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 8. August 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Kanals von La Bassée bis in die Gegend von Loos herrschte lebhafteste Feuertätigkeit.

Zwischen Thiepval und der Somme, besonders bei Pozieres, bei Baginville-Vertit und südlich von Manrepas setzte der Feind seine heftigen Angriffe fort. Sie führten an einzelnen Stellen zu erbitterten Nahkämpfen, die im wesentlichen zu unseren Gunsten entschieden sind, nur an einzelnen Stellen, so bei Pozieres und östlich von Gem, wird noch gekämpft.

Südlich der Somme wurden Vorstöße französischer Handgranatenabteilungen bei Estres und Sohecourt abgewiesen.

Im Maas-Gebiet war der Artilleriekampf beiderseits des Flusses sehr lebhaft. Nordwestlich, westlich und südwestlich des früheren Werkes Thiamont brachen feindliche Angriffe in unserem Feuer vollkommen zusammen, weiter südlich wurden Angriffsbemühungen im Keime erstickt. Mehrere hundert Gefangene sind eingebracht.

Ein englisches Flugzeug fiel südöstlich von Cambrai in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Am Serwetsch-Abchnitt und südlich davon wurde die Feuertätigkeit gestern lebhafter; feindliche Einzelangriffe wurden abgelenkt.

Wiederholte Bemühungen der Russen, bei Jarceze (am Stochod) Boden zu gewinnen, blieben erfolglos. Der Feind erlitt schwere Verluste.

Westlich von Luck sind seit heute früh neue Kämpfe im Gange.

Nordwestlich von Balceze sind feindliche Angriffe gescheitert. Südlich von Balceze wurde im Bereich mit Truppen der Armee des Generals Grafen v. Bothmer dem russischen Vordringen durch Gegenangriff Halt geboten; hier sind 9 Offiziere, über 700 Mann gefangen genommen und 5 Maschinengewehre erbeutet.

Front des Feldmarschalleutenants Erzherzogs Carl.

Südlich des Dnjepr sind starke russische Kräfte gegen die Linie Tlumacz — Dittynia zum Angriff vorgegangen. Die verbündeten Truppen haben vorbereitete rückwärtige Stellungen bezogen.

In den Karpaten sind beiderseits des Bialy-Czeremoz-Tales die errungenen Vorteile erweitert worden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Abgesehen von Vorkampfgeschäften in der Gegend von Plumnica (westlich des Bardar) keine Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 8. August 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Oberfront des Feldmarschalleutenants Erzherzogs Carl.

Die Karpatentruppen gewannen auf den Höhen östlich von Jablonica und bei Worochta Boden und brachten über tausend Gefangene und vier Maschinengewehre ein. Südwestlich von Delatyn wehrten die Streitkräfte des Generalobersten von Kovsch abermals starke russische Vorstöße ab. Westlich von Dittynia und von Tlumacz griff der Feind gestern vormittag in großen Massen an. Eine seiner Angriffstruppen drang westlich von Dittynia bis über unsere erste Linie hinaus, wurde aber durch einen Gegenangriff österreichisch-ungarischer Streitkräfte völlig zurückgeworfen, wobei über tausend Gefangene in unserer Hand blieben. Bei Tlumacz wurde die Verteidigung vor einem überlegenen Stoß des Feindes in den Raum westlich des Ortes verlegt. Südlich von Wertiska übertrieben unsere Truppen das linke Sereth-Ufer. Es wurden über siebenhundert Russen gefangen, fünf Maschinengewehre erbeutet.

Oberfront des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Bei Balceze verlief der gestrige Tag verhältnismäßig ruhig. Südwestlich von Tereghin in Wolhynien schlug die Armee des Generalobersten von Terzjansky heute früh eine Reihe heftiger russischer Vorstöße zurück; der Feind wurde teilweise im Gegenangriff geworfen. Die Truppen des Generals Roth vereitelten südlich von Stochahwa abermals mehrere russische Uebergangsvorstöße.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die erbitterten Kämpfe im Goerzischen dauern mit unverminderter Heftigkeit fort. Die im Goerzer Brückenkopf westlich des Fionzo kämpfenden Truppen schlugen seit 6. August nachmittags zahlreiche weit überlegene feindliche Angriffe blutig ab. Hierbei wurden zweitausendneunhundert und zweiunddreißig Italiener, darunter zweiundfünfzig Offiziere gefangen. Um die tapfere Besatzung des Brückenkopfes, gegen die sich immer neue wilde Angriffe der Italiener richteten, vor großen Verlusten zu bewahren, wurde sie heute auf das östliche Fionzoufer zurückgenommen. Auf der Hochfläche von Doberdo scheiterten am Monte San Michele und bei San Martino alle feindlichen Angriffe unter den schwersten Verlusten des Gegners. Ebenso brachen weiter südlich starke italienische Angriffe in unserem Feuer völlig zusammen. Alle Stellungen sind hier im Besitze unserer Truppen. An der Rarntner und Tiroler Front stellenweise lebhafteste Artilleriekämpfe.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Ein Seeflugzeuggeschwader hat in der Nacht vom 7. auf den 8. August die feindlichen Batteriestellungen an der Fionzombindung und die feindliche Seeflugstation Gergo mit schwersten, mittleren und Brandbomben ausgiebig und erfolgreich belegt. Die Seeflugzeuge wurden heftig beschossen, kehrten jedoch unversehrt zurück. Flottenkommando.

Teil noch etwas aus. Hier zeichneten sich die Truppenteile der Territorialreserve von Woronesch, getragen von der allgemeinen Begeisterung unserer Truppen, beim Angriff auf den Feind durch besonderen Schneid aus. In dieser Gegend machten wir am 6. August 18 Offiziere und gegen 2000 Mann, von denen ein Teil Deutsche waren, zu Gefangenen. Wir eroberten zwei Haubitzen und einige Maschinengewehre. Der Kampf nahm den Charakter von äußerster Heftigkeit an. Viele verwundete Deutsche und Oesterreicher trafen ein.

Kaukasus. Unter dem Druck der Türken zog sich unser persisches Detachement in die Gegend östlich Kermanschah zurück.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 7. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Zwischen der Etia und dem oberen Fionzo andauernde Artillerietätigkeit. Auf der Ebene von Schlegien zerstörte der Feind durch Entzündung von Minen einen unserer Schützengräben an den Hängen des Monte Jeblo. Er unternahm von dort einen Angriff, der durch das Feuer unserer Artillerie glatt abgelenkt wurde. In der Zone der Tofana bemächtigten sich unsere Truppen einer starken Stellung, welche die Verbindungslinien zwischen dem Trabonagostale und dem Sarebache (Gobertal) beherrscht. Das feindliche Bombardement auf bewohnte Orte der Hochbogna und unser Bombardement der militärischen Gebäude von Tarbis und Raibl und von Tolmein dauern fort. An unteren Fionzo griffen unsere Truppen gestern an verschiedenen Punkten starke Stellungen des Gegners an, während sie im Abschnitt von Monsalcone ihre am 4. August begonnene fröhliche Offensive in der Richtung auf die Höhen 85 und 121 fortsetzten. Nach Artillerievorbereitung und einer durch ihre Schneidigkeit und Genauigkeit bewundernswürdigen Beschichtung ging unsere Infanterie mit stolzem Schwung zum Ansturm vor und eroberte verschiedene aufeinander folgende Linien und Verschanzungen des Feindes.

Im Abschnitt von Monsalcone bemächtigten sich Veraglioni und Radfahrer der Bataillone 8, 4 und 11 in einem blutigen mit feinstem Schneid durchgeführten Kampfe fast der ganzen Höhe 85 und hielten sie fest gegen heftige Gegenangriffe des Feindes. Wir machten 3000 Gefangene, darunter etwa 100 Offiziere. Unter diesen befinden sich ein Oberst und Regimentskommandeur und ein Generalstabsmajor. Wir machten außerdem reiche Beute, unter der sich eine aus drei Geschützen bestehende Batterie, etwa 10 Maschinengewehre, eine große Menge Gewehre, Munition und anderes Kriegsmaterial befinden. Eines unserer Caproni-Geschwader bombardierte gestern unter unglücklichen Witterungsbedingungen den Eisenbahnknotenpunkt von Urcina und zersprengte dabei feindliche Wasserflugzeuge, die ihm Widerstand zu leisten versuchten, wobei es eines zum Absturz brachte. Eines unserer Flugzeuge ist nicht heimgekehrt, die übrigen sind unverletzt. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 8. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 25. Juli 1916 (Türkische Zeitrechnung).

An der Front keine Veränderung.

In Persien wurde die vom rechten Flügel unserer Armee am 23. Juli in drei Kolonnen angelegte Unternehmung gegen zusammengezogene russische Kräfte östlich Kermanschah mit Erfolg fortgesetzt. Bis zum 24. Juli abends waren die Russen endgültig gegen Kankaber in der Richtung auf Hamadan zurückgeworfen. Diese zweitägigen Unternehmungen spielten sich folgendermaßen ab: Unsere gegen Sakna im Zentrum vorgehende Kolonne nahm im Sturm die feindlichen Verschanzungen, die sich in der Umgebung von Hadjabad und Radrabad befanden. Der Feind versuchte sich in den Stellungen westlich des Dorfes Wofioni zu behaupten, mußte sich aber infolge unserer scharfen Verfolgung und des von uns gegen seine Front und seine Flanken ausgeübten Druckes in der Richtung auf Sakna zurückziehen. Am 24. Juli wurde die Verfolgung bei Morgengrauen wieder aufgenommen, ohne daß dem Feinde, der an verschiedenen Stellen Widerstand zu leisten sich bemühte, Zeit gelassen wurde, wieder zu Kräften zu kommen. Schließlich vermochte der Feind sich in der Ortschaft Sakna (15 Kilometer östlich Kermanschah) nicht zu behaupten und ging am Nachmittag in der Richtung Kankaber zurück. Während dieser Zeit befand sich unsere südlich der Straße Kermanschah-Hamadan vorgehende Abteilung in Fühlung mit russischen Kräften bei Maroh (19 Kilometer südlich Sakna). Unsere Abteilung am linken Flügel ging nördlich in der gleichen Richtung vor und warf den Feind zurück, der sich nach Songour (60 Kilometer nordöstlich Kermanschah) zurückzog und sich dort festsetzte, wogegen unsere Abteilung am rechten Flügel sich Maroh bemächtigte. Unsere Truppen im Zentrum befanden sich gestern abend 15 Kilometer östlich Sakna. Unsere Kräfte warfen östlich Sakna zusammengezogene feindliche Truppen gegen Osten weiter zurück.

Kaukasusfront: Die in den Abschnitten Wikkis, Musch und Dgnott von uns eingeleitete Offensive entwickelte sich weiter zu unseren Gunsten. Durch unsere gegen Wikkis angelegten Angriffe sind alle feindlichen im Süden den Ort beherrschenden Stellungen in unsere Hände gefallen. Ein gegen den Feind, der sich auf unzulänglichen Bergketten 8 Kilometer südlich Musch befand, angelegter Angriff war gleichfalls erfolgreich. Der Feind wurde gegen Musch zurückgeworfen. Unsere östlich Musch gegen Norden angelegten Truppen erreichten Muoradju. Bei dem gestrigen Angriff südlich Dgnott wurden 20 Soldaten zu Gefangenen gemacht und abermals eine Kanone und vier Munitionskisten erbeutet. Im Zentrum haben sich die von dem Feind gegen verschiedene Stellen unserer Front östlich Erzindjan und Nikitt gerichteten Angriffe, denen unsere Truppen Stand hielten, verlangsamt, wobei der Feind schwere Verluste erlitt.

In den Gewässern von Smhrna näherte sich ein feindlicher Monitor Fotscha, mußte sich aber infolge unseres Feuers entfernen. Einige feindliche auf der Höhe von Tschesme angekommene Schiffe, von denen ein Flugzeug aufstieg, das erfolglos einige Geschosse auf die Küste warf, zogen sich schließlich sämtlich in der Richtung auf Mos zurück.

Ägyptische Front: Unsere in der Richtung auf Noumani angelegte Erkundungsabteilung erreichte die feindliche besetzte Linie, richtete trotz heftiger Beschichtung von vier Kriegsschiffen an der Küste von Mouhammedie einen fähigen Erkundungsangriff gegen starke feindliche aus verschiedenen Beständen zusammengesezte Truppen und kehrte dann in ihre Stellungen bei Katia zurück. Hierdurch ermutigt, versuchte der Feind unsere in der Umgebung von Katia zusammengezogenen Truppen anzugreifen, wurde aber mit schweren Verlusten für ihn zurückgeworfen. Einer unserer Flieger zwang am 24. Juli ein feindliches Flugzeug in der Umgebung von Mouhammedie zum Niedergehen und zerstörte es. Unsere Flugzeuge belegten mit Erfolg den Hafen Ismaillie und dort befindliche Gebäude mit Bomben. Feindliche Kletterer, die am 22. Juli im Engpaß von Aboudjera östlich Suez angegriffen hatte, wurde nach achtsündigem Kampfe zurückgeschlagen. Gewehre und Bajonette wurden erbeutet.

Konstantinopel, 8. August. (W. Z. V.) Türkische Truppen haben über Kermanschah hinaus vorrückend, gestern Sanna und andere auf der Straße nach Samadan gelegene Dörfer besetzt.

Ägyptische Nachrichten aus englischer Quelle.

London, 8. August. (Z. U.) Der jetzige Kommandant der Streitkräfte in Ägypten berichtet: Das Feuer unserer Artillerie, unserer Gewehre und Maschinengewehre war außerordentlich wirksam. Die türkischen Verluste an Toten und Verwundeten sind nach allen Berichten sehr schwer. Am 5. August abends spät hat die territoriale Infanterie die starke Nachhutstellung tapfer genommen. Unsere Verfolgung der Türken dauert auf eine Distanz von 18 Meilen fort und überschreitet das Becken von Katta und Ummaisha (S). Die Zahl der unterwundenen Gefangenen beläuft sich gegenwärtig auf 45 Offiziere und 3100 Mann in vorzüglicher Gesundheit.

London, 8. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht aus Ägypten. Verbliebene Truppen sind in Fühlung mit der türkischen Nachhut sechs Meilen östlich von Katta. Luftüberfälle auf Port Said und Suez haben nur wenig Schaden und geringe Verluste an Menschenleben verursacht.

Vom U-Boot-Krieg.

Kopenhagen, 7. August. (W. Z. V.) „Nationaltidende“ meldet aus Kristiania: Gestern nacht wurde vor Arndal ein norwegisches Schiff aus Kristiania von einem deutschen U-Boot angehalten. Da aber gleichzeitig ein englischer Dampfer auftauchte, gab das U-Boot das norwegische Schiff frei und brachte den englischen Dampfer auf. Es fuhr mit ihm in sächlicher Richtung davon.

London, 8. August. (W. Z. V.) Neutermelung. Der norwegische Dampfer „Spiral“ (1878 Br.-Reg.-No.) ist torpediert worden.

London, 8. August. (W. Z. V.) Lloyd's berichtet, man glaube, daß der britische Dampfer „Arden“ versenkt worden sei.

London, 8. August. (W. Z. V.) Lloyd's meldet aus Stockholm vom 7. August, daß bei dem Feuerschiff „Sinngrundet“ eine dänische Brigg von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist.

Auf eine Mine geraten.

Kopenhagen, 8. August. (W. Z. V.) Nibaus Bureau meldet aus englischer Quelle: Ein kleiner norwegischer Trampdampfer, dessen Namen unbekannt ist, ist in dem Minenfeld südwestlich von Jästerbo auf eine Mine gestoßen und heute früh untergegangen.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 7. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht aus Ostafrika. Smuts meldet: Der kleine Hofen Sagani ist am 1. August von Marineinfanterie besetzt worden; es wurde nur geringer Widerstand geleistet. Andere Operationen der Marine gehen an verschiedenen Punkten der Küstenlinie voran. Generalmajor van Deventer verfolgt, nachdem er die deutsche Zentral-Eisenbahn bei Kilimatinde, Dodoma und Kilombo erreicht hat, die aus diesem Gelände vertriebenen feindlichen Streitkräfte in der Richtung auf Mporwa. Die gegen Singinda westlich von Konboa Trangi vorrückende Abteilung geriet mit einer Abteilung des Feindes in ein Gefecht. Der Feind ergab sich nach hartnäckigem Widerstand in einem Blockhaus. Brigadegeneral Kortbein berichtet: In dem Gefecht bei Mantangali am 24. Juli bestanden sich die Verluste des Feindes auf insgesamt 150 Mann, nicht eingerechnet die Gefangenen. Nach diesem Gefecht rücken die Abteilungen Kortbeins auf Madibira vor, das 30 Meilen weiter nördlich auf dem Wege nach Iringa liegt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gegen Asquith.

Berlin, 9. August. (W. Z. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Die Welt hat sich seit langer Zeit abgewöhnt, von dem leitenden Staatsmann Englands Worte der Mäßigkeit und Sachlichkeit zu erwarten. Eine solche Sprache wäre heute in England nicht populär. In einem Lande, wo das Auswärtige Amt über den „Maralongo“-Fall in einem Ton gesprochen hat, der englische Seerente nur dazu ermuntern konnte, im Vertrauen auf die Straflosigkeit dem Beispiel der „Maralongo“-Mörder nachzueifern, in einem Lande, wo ein Mann wie der Bischof von London von der Sankel herab den Kapitän des „King Stephen“ dazu beglückwünscht hat, daß er an der ertrinkenden Mannschaft vom „L 19“ vorbeifuhr, ohne einen Versuch zu ihrer Rettung zu unternehmen, in einem Lande, wo ein englischer Richter öffentlich sagen darf, daß Schlachten von Feinden und das Schlachten von Schweinen seien gleichwertige Beschäftigungen, und im gleichen Geiste am 15. Juli 1916 ein englischer Offizier an die „Times“ schreibt: Das Stechen auf Deutsche sei noch schöner als Polo — kann es nicht überraschen, daß der Premierminister für nötig hält die Offenheit der englischen Armee mit einem Ausgehul gegen den Feind zu begreifen. Wir können uns damit begnügen, die Asquithsche Rede dem Urteil der gestimmten Welt ohne Kommentar zu überlassen.

Nur auf die Stelle, in der Herr Asquith die diplomatische Vorgeschichte des Krieges erneut zur Diskussion stellt, wollen wir kurz eingehen.

Herr Asquith behauptet, daß die deutsche Diplomatie völlig sicher gewesen sei, England würde niemals mit den Waffen in der Hand an die Seite Frankreichs und Russlands treten. Ebenso sicher sei man in Deutschland gewesen, daß das „Schwache und — wie es Deutschland schien — schuplose Belgien mit Schmeicheln oder Gewalt dazu gebracht würde, Deutschland das Recht des Durchmarsches nach Frankreich zu gewähren“. Das seien zwei große, verhängnisvolle Irrtümer der deutschen Diplomatie gewesen.

Es ist selbst angelehnt der gegenwärtigen englischen Kriegspropaganda erstaunlich, daß der englische Premierminister wagt, eine derartige Geschichtsfälschung öffentlich auszusprechen. Herr Asquith, Lord Grey und Lord Salisbury müssen wissen, daß die deutsche Regierung immer wieder auf die Gefahr für den Weltfrieden aufmerksam machte, die darin lag, daß bei jeder europäischen Krise Frankreich und Rußland mit der bedingungslosen Unterstützung durch England rechnen. Die deutsche Regierung kannte die Haltung der englischen Regierung in der ersten Marokkokrise, die voreingenommene Unterstützung Frankreichs durch England in der Zeit der Algeiras-Konferenz und die englische Forderung militärischer Unterstützung an Frankreich. Sie wußte durch die Berichte des kaiserlichen Votschafters in Petersburg, wie die englische Politik während der bosnischen Krise im Winter 1908/09 durch planmäßige Hebarbeit in Petersburg alles getan hat, um eine friedliche Lösung zu erschweren, und sie hatte — trotz des Wunsches des Lord Grey, das sei eine „Äußerer Klasse“ — untrügliche Grundlagen dafür, daß damals der englische Minister der auswärtigen Angelegenheiten bei Ausbruch eines kriegerischen Konflikts die öffentliche Meinung Englands für

eine Teilnahme an einem Krieg gegen Deutschland gewinnen zu können hoffte. Endlich zeigte das englische Auftreten bei der zweiten Marokkokrise im Jahre 1911 zur Genüge, daß England um jeden Preis eine deutsch-französische Verständigung hintertreiben und für die Zwecke seiner gegen Deutschland gerichteten Politik das Ubergewicht des Chauvinismus über gemäßigtere Elemente in Frankreich erhalten wollte.

Die deutsche Politik war sich über jeden Fortschritt klar, den die Entente durch militärische und politische Abmachungen auf dem Wege zu einem gegen Deutschland gerichteten Offensiv-Bündnis machte. Wie kann Herr Asquith seine Behauptung, die deutsche Diplomatie habe ein bewaffnetes Eingreifen Englands an der Seite Frankreichs und Russlands für ausgeschlossen gehalten, mit den deutschen Bemühungen vereinbaren, im Jahre 1912 mit England zu einem Abkommen zu gelangen, das Deutschland in einem ihm aufgezwungenen Krieg gegen ein Eingreifen Englands auf Seiten seiner Angreifer sichern sollte? Die deutsche Regierung hat sich stets gegenwärtig gehalten, daß der Groberwille der russischen Kriegspartei und die französische Nebenschulz bedingungslos bei der Abschätzung der militärischen Machtmittel der Entente Englands Heer und Flotte auf ihrer Seite in Rechnung stellte und daß für dieses Vertrauen guter Grund vorhanden war. Aus dem Bericht vom März 1918 — Deutsches Weisbuch Nr. 7 —, den die englische Zeitung nicht veröffentlicht hat und den insolge dessen Herr Asquith vielleicht selbst nicht kennt, war der deutschen Regierung der Inhalt des Briewechsels des Ministers Grey mit dem französischen Votschaftler, vom 22. November 1912, bekannt und ebenso die Uebereinkunft zwischen England und Frankreich wegen der Verteilung ihrer Flotten im Sinne der Konzentration der englischen Flotte nach der Nordsee und der Verlegung der französischen Flottenbasis nach dem Mittelmeer.

Hiermit war es für die deutsche Diplomatie vollkommen klar, daß im Fall eines deutsch-französischen Krieges England zum mindesten den Schutz Frankreichs an dessen Nordküste und im Atlantischen Ozean übernommen hätte. Das englische Volk allerdings wurde von Asquith systematisch getäuscht durch die wiederholten irreführenden Erklärungen im Unterhaus, daß keine Verpflichtungen Englands zu einer militärischen Unterstützung Frankreichs vorlägen (Erklärungen Asquith 10. 3. 1913, 24. 3. 1913, Grey 11. 6. 1914). Tatsächlich hatte England mit dem Flottenabkommen mit Frankreich den letzten Rest seiner Handlungsfreiheit preisgegeben.

Gerade weil der kaiserlichen Regierung diese Tatsachen genau bekannt waren, hat der Reichskanzler nach Kriegsausbruch noch einen äußersten Versuch gemacht, den Brandherd des Krieges einzuschränken durch das bekannte Angebot, England die Integrität Frankreichs und Belgiens zu garantieren. Er war auch vollkommen bereit, England die Wahrung seiner Neutralität zu ermöglichen durch die Zusicherung, daß Deutschland von jedem Angriff auf die französische Nordküste absehen wolle, und hat der englischen Regierung eine entsprechende Erklärung am 8. August zugehen lassen. Aber die Herren Asquith und Grey wünschten nur einmal, England in den Krieg hineinzutreiben, und waren trotz der deutschen Zusicherung entschlossen, die Gelegenheit zu benutzen, um über den Neutralen Deutschland herzufallen.

Das schließlich die Asquithsche Behauptung von Deutschlands angeblichem Irrtum wegen Belgiens betrifft, so war es nach allem, was über Englands militärische und diplomatische Rolle in Belgien der ganzen Welt heute bekannt ist, von Herrn Asquith mindestens sehr unvorsichtig, selbst nochmals die Aufmerksamkeit auf dieses Kapitel zu lenken. Herr Asquith will die Haltung Deutschlands gegenüber Belgien zurückführen auf einen deutschen Irrtum über die Widerstandskraft dieses Landes und über den Schutz, auf den es rechnen konnte. Von derartigen Irrtümern ist das Verhalten Deutschlands gegenüber Belgien nicht beeinträchtigt gewesen. Aus den bekannten Gründen war es für das von allen Seiten umstellte Deutschland ein unbedingtes Gebot der Selbst-erhaltung, dem von seinen Feinden geplanten Durchstoß durch Belgien auf die deutsche Pforte zu begegnen, von Belgien die Durchzugserlaubnis für sein Heer zu verlangen und eventuell den Durchzug zu erzwingen. Im übrigen aber hatte Deutschland im Interesse Belgiens selbst, trotz aller Anzeichen für dessen Sinneigen nach Feindesseite, den aufrichtigen Wunsch, diesem Lande die Leiden des Krieges ersparen zu können. Die Rolle Englands dagegen bestand darin, daß es das schon lange umgarnte Belgien im englischen Interesse zwar zum Widerstand aufgereizt, auf die erhoffte Unterstützung aber vergeblich hat warten lassen. Herr Asquith mag heute noch so laut von dem englischen Millionenheer sprechen; niemand glaubt ihm, daß England es um Belgiens willen aufgegeben hat. Man kann Herrn Asquith nur raten, sich in Belgien selbst zu erkundigen; dann wird er erfahren, wie man in dem von England ins Unglück gestürzten Land heute über den vermeintlichen Schutzherrn denkt.

Erklärung der deutschen Regierung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Die kaiserliche Regierung hat den Regierungen der neutralen Mächte folgendes Dokument übermittelt:

Denkschrift der kaiserlich deutschen Regierung über die Behandlung von Gegenständen und Stoffen der Krankenpflege durch die Seestreitkräfte der kriegführenden Staaten.

Durch eine hochherzige Anregung Seiner Majestät des Königs von Spanien sind die Regierungen der kriegführenden Staaten zu einer Erörterung der Frage veranlaßt worden, ob nicht die der Krankenpflege dienenden Gegenstände und Stoffe nach Maßgabe einer zwischen ihnen festzustellenden Liste unbedingt als Freigut zu behandeln seien. Eine gleiche Anregung ist von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ausgegangen.

Die deutsche Regierung hat sich daraufhin sowohl der spanischen wie der amerikanischen Regierung gegenüber grundsätzlich bereit erklärt, die ausschließlich zur Pflege von Kranken und Verwundeten dienenden Gegenstände und Stoffe, wie sie in der von der spanischen Regierung vorgelegten Liste enthalten sind, als unter die Freiliste der Londoner Seekriegsrechtsklärung fallend zu behandeln und demzufolge ihre freie Beförderung zur See zu gewährleisten. Sie hat weiter erklärt, daß bereits vor dem Ausbruch der gegenwärtigen Kriege die auf solche Gegenstände und Stoffe sich beziehenden Bestimmungen des Artikels 29 Nr. 1 der Londoner Erklärung in die deutsche Verfassung vom 30. September 1909 (Reichsgesetzblatt 1914 S. 275) unter Biffer 28 Nr. 1 aufgenommen worden sind; auch hat sie von der in der Londoner Erklärung vorgesehenen Befugnis, Gegenstände und Stoffe der Krankenpflege im Falle eigenen militärischen Bedarfs anzufordern, bisher niemals Gebrauch gemacht. Die deutsche Regierung hat aber zugleich hervorgehoben, daß sie eine solche Verpflichtung nur unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit übernehmen könne und sich daher nicht mehr für gebunden halten würde, wenn England die Beförderung der erwähnten Gegenstände und Stoffe von einem neutralen Lande nach Deutschland verhindern sollte.

Inzwischen ist allgemein bekannt geworden, daß die britische Regierung, die nach Mitteilung der spanischen und der amerikanischen Regierung ursprünglich die Vorschläge der beiden Regierungen angenommen hatte, sich gleichwohl mit ihnen in vollen Widerspruch gesetzt hat. So hat sie selbst dem amerikanischen Noten Kreuz die Verwendung von Gegenständen und Stoffen der Krankenpflege an das deutsche Rote Kreuz unterzagt. Vergeblich hat der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Taft, gegen die Haltung der britischen Regierung Protest erhoben; nach

englischen Meldungen ist auch dieser Protest ablehnend beantwortet worden.

Unter diesen Umständen ist Deutschland nicht mehr in der Lage, Gegenstände und Stoffe der Krankenpflege, die in den Bereich der deutschen Seestreitkräfte gelangen, wie bisher ohne weiteres frei passieren zu lassen. Die deutschen Seestreitkräfte werden vielmehr die Befugnis erhalten, in Zukunft von dem ihnen zustehenden Rechte auf Anforderung der in der spanischen Liste aufgeführten Gegenstände und Stoffe im Falle eigenen militärischen Bedarfs Gebrauch zu machen.

Berlin, den 28. Juli 1916.

Deutscher Vorschuh für die Türkei.

Konstantinopel, 6. August. (W. Z. V.) Im Amtsblatt wird eine Gesetzesverordnung veröffentlicht, wodurch das Finanzministerium ermächtigt wird, bei der deutschen Regierung einen Vorschuh von 25 Millionen Pfund aufzunehmen. Hieron sollen 20.479.000 Pfund in in Gold rückzahlbaren deutschen Scheckschein flüssig gemacht und der Verwaltung der türkischen öffentlichen Schuld übergeben werden, wogegen Kassenscheine im gleichen Betrage ausgegeben werden sollen. Das Finanzministerium wird weiter ermächtigt, von diesen Kassenscheinen fünf Millionen Pfund der deutschen Regierung in Konstantinopel als Darlehen zur Verfügung zu stellen.

Die Deutschenheke in Italien.

Lugano, 8. August. (Z. U.) Gestern abend fand im Theater Carcano in Mailand die angelegteste Massenversammlung des patriotischen Komitees des Fasol (Kriegsgeheimen) statt. Die Demonstration hatte den Zweck, das Kabinett aufzufordern, an Deutschland den Krieg zu erklären. Die Räume waren überfüllt und die eingetroffene Cadornamelung von dem „Sonzogiet“ mit angeblich 8000 gefangenen Oesterreichern irrg das ihre bei, eine hitzige Stimmung einzutreten zu lassen. Redner der verschiedensten Parteien forderten die sofortige Kriegserklärung an Deutschland, was von der Versammlung jedesmal mit lebhaften Beifallsrufen aufgenommen wurde. Selbstverständlich fehlten auch nicht die bei solchen Gelegenheiten üblichen Vereinsfahnen und Lächer, die von ihren Trägern bei den entsprechenden Kraftstellen dann in lebhafte Bewegung gesetzt wurden. Der erste Redner war der Bürgermeister von Vevia, Professor Lorini. Er wendete sich scharf gegen die fortwährende Verzögerung der Kriegserklärung und hegte in gewissenloser Weise gegen die angeblich in Italien sich noch verborgenden Deutschen. Natürlich fehlte auch nicht die Forderung, daß alles deutsche Eigentum in Italien beschlagnahmt werden müsse und die Italiener für immer von dem deutschen Einfluß befreit werden müssen. Unter dem brüllenden Beifall der Menge schloß der Redner: Wir wollen den Krieg gegen Deutschland!

Ein anderer Redner, der Abg. Deambri, vertiefte sich zu der ungeheuerlichen Aufschuldigung, daß Deutschland italienischen Arbeitern die Arbeiterpensionsgelder gestohlen habe. Dann berichtete Deambri über seine Unterredungen mit dem englischen und den französischen Munitionsministern, die ihm angeblich die Gewißheit von dem bevorstehenden Triumph des Viererbundes verschafft hätten. Er schloß mit den Worten: Von Mailand sind die größten italienischen Freiheitsbewegungen ausgegangen. Deshalb sei auch diesmal Mailand der Ausgangspunkt des Krieges mit Deutschland! Ein lärmendes Gebrüll belohnte den Redner für seine rhetorischen Leistungen. Der Abg. Podrecca versicherte die Zuhörer, daß Rom Mailand enthusiastisch folgen werde.

Italiens Krieg gegen Deutschland sei nötig, um die lateinische Kultur zu retten.

Nachdem man derartig die Massen in Stimmung gebracht hatte, wurden sie in langem Zuge auf die Straßen gelassen. Es konnte nicht ausbleiben, daß auf dem Complatz der Enthusiasmus in Delirium ausartete.

Eine parlamentarische Armeekommission in England.

Rotterdam, 8. August. (W. Z. V.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Das Unterhaus hat gestern ein von Lord George eingebrachtes Gesetz angenommen, durch das eine gemischte Militär- und Zivilkommission eingesetzt wird, um die im Kriegsamt herrschenden Mißstände zu untersuchen.

Die Friedenserörterungen.

Haag, 8. August. (Z. U.) Die „Nation“ teilt mit, daß sie während der ersten Wochen des dritten Kriegsjahres eine Erörterung der allgemeinen Grundlagen der Friedensbedingungen habe einleiten wollen. Dies sei nun unmöglich geworden, das Blatt wolle nicht an Frieden denken, während Deutschland den Krieg nach den Grundsätzen der Piraterie führe und ein neues Seerecht erfinde. Die Erörterung müsse deshalb aufgehoben werden.

Gegen die Schwarzen Listen.

New York, 8. August. (Hauptstadt vom Vertreter des W. Z. V.) Ein Leitartikel der „New York World“ führt aus der amerikanischen Note gegen die Schwarzen Listen den Sach an, der von wohlbekannten Mitteln und Straßen für Blockadebrüche in den Häfen, wo die Blockade wirklich und tatsächlich effektiv ist, spricht, und führt dazu aus: Dieser Sach trifft den Kern der ganzen Schwierigkeit. Wenn die sogenannte Blockade über die Deutschen wirklich und tatsächlich effektiv wäre, was „World“ bestreitet, so hätte zwischen den Vereinigten Staaten und England kein Miß zu entstehen brauchen. Gerade weil es keine effektive Blockade Deutschlands gibt, fährt das Blatt fort, mißt sich die Londoner Regierung in geschloßener Weise durch Orders in Council in den neutralen Handel ein. Eine wirkliche Blockade Deutschlands würde die nicht zu verteidigenden Hauptregeln, die England mit Verschlagnahmen zur See, Aufstellung Schwarzer Listen und Vererbung der Welt ergriffen hat, um den Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen zu entmutigen, gänzlich unnötig machen. Dieser Punkt sollte mit wachsendem Nachdruck hervorgehoben werden.

Admiral Kamimura gestorben.

Tokio, 8. August. (W. Z. V.) Neutermelung. Admiral Kamimura ist gestorben.

Admiral Kamimura, der ein Alter von 67 Jahren erreicht hat, war einer der hervorragendsten Führer der japanischen Marine. Im russisch-japanischen Kriege hat er sich bei den Seoperationen, die mit der Einschließung von Port Arthur verbunden waren, einen Namen gemacht. In einem Segefecht am 14. August 1904 brachte er den russischen Panzerkreuzer „Kure“ zum Sinken. In der großen Seeschlacht bei Tsushima am 27./28. Mai 1905 befehligte Kamimura eine Panzerkreuzerdivision und überlieferte mit Admiral Togo zusammen die russische Flotte der völligen Vernichtung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Teuerungszulage in der Mützenbranche.

Die Branche der Mützenmacher nahm am Montag Stellung zu der Antwort der selbständigen Mützenmacher zur Teuerungszulage. Freige erhaltene Bericht. An die selbständigen Unternehmer war das Ersuchen um eine Teuerungszulage in Höhe von 20 Proz. gerichtet worden. Vom Vorstand des Vereins selbständiger Mützenmacher ging daraufhin die Antwort ein, daß der Verband Berliner Mützenfabrikanten ihre Forderung um Lohnhöhe abgelehnt hat und sie deshalb auch nicht in der Lage seien, dem Gehalt der Mützenarbeiter zu entsprechen. Nach kurzer Debatte nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

Die in den Mützenfabriken, Kaiser-Wilhelmstraße 31, tagende Sektionsversammlung der Mützenbranche erklärt zu dem Antwortschreiben des Vereins selbständiger Mützenmacher, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Mützenbranche sich mit diesem Bescheid nicht zufrieden geben können, da es unmöglich ist, bei den vergrößerten Löhnen, die trotz des Krieges und der damit verbundenen Teuerung sich um nichts erhöht haben, leben zu können.

Wenn die Organisation infolge des „Burgfriedens“ behindert ist, die gestellte Forderung durch eine allgemeine Arbeitseinstellung zur Durchführung zu bringen, so verpflichten sich die Versammelten, ohne Rücksicht auf die daraus entstehenden Konsequenzen, die Forderung an die Arbeitgeber in den einzelnen Werkstätten erneut zu stellen. Sie sind selbst gewillt, wenn ihren berechtigten Wünschen nicht Rechnung getragen wird, nach Rücksprache mit dem Vorstand zur gegebenen Zeit die Arbeit niederzulegen.

Deutsches Reich.

Kein Extra-Speck für Gelbe.

Die vier Bergarbeiterverbände haben sich, wie die „Bergarbeiter-Zeitung“ meldet, schon früher im Ministerium und kürzlich auch im Kriegsernährungsamt darüber beschwert, daß die Gelben auf den Rechen an ihre Mitglieder extra Lebensmittel verteilen ließen, wodurch sich der übrige Teil der Belegschaft naturgemäß benachteiligt fühlte und der Burgfrieden stark gefährdet wurde. Trotzdem haben die Gelben bisher noch Lebensmittel verteilt. Nach oben hin stritten sie das aber ab. Das Kriegsernährungsamt forderte deshalb von den Verbänden Beweise, dann wolle es sofort für Befestigung dieser Ungehörigkeit sorgen. Das ist jetzt geschehen. Es ist in Essen nicht nur der Nachweis gelungen, sondern es sind auf Beschwerde des Bergarbeiterverbandes durch die Essener Polizei auf zwei Rechen auch viele Zentner Butter der Gelben beschlagnahmt worden. Auf der Reche Zollverein VI kam es am 1. und 2. August auch wegen dieses Treibens der Gelben zu einem Streit der ganzen Belegschaft. Andere Rechen hatten das Kilo Speck, das die Bergleute infolge des Drängens ihrer Organisationen auf Anordnung des Kriegsernährungsamts jetzt bekommen sollen, schon voll verteilt. Auf Zollverein aber gab es bisher nur 350 Gramm Speck und von einer weiteren Lieferung hört man nichts mehr. Trotzdem haben die Gelben in der fraglichen Woche am Anschlagbreit bekannt, daß eine Lebensmittelverteilung an ihre Mitglieder erfolgen werde. Das schlug, wie Anfang Juli auf Reckeln, dem Hof den Boden aus. Die Arbeiter verlangten bis zur weiteren Steigerung der Lebensmittel ihre Nation Speck, keine Bevorzugung der Gelben und höheren Lohn. Die Rechenverwaltung sagte in einer Belegschaftsversammlung, welche am 2. August, nachmittags 4 Uhr, auf der Reche stattfand und der auch der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Sachse beistand, die sofortige Lieferung des noch fehlenden Specks zu. Auch in den nächsten zwei Wochen soll noch Speck und Schmalz verteilt werden. Die Verteilung von Lebensmitteln seitens der Gelben ist nun endlich verboten. Auf Anraten der Direktion, einiger Belegschaftsmitglieder und des Genossen Sachse fuhr die Belegschaft dann abends wieder an. Wegen der

anderen Beschäftigtenpunkte und der Lohnfrage soll der Ausschuss nochmals mit der Verwaltung verhandeln. Damit dürfte dem Unflug der Gelben wohl endgültig gesteuert sein.

Ausland.

Verkehrsstreik in Schweden.

Der Streik der Eisenbahner hat sich noch auf mehrere Linien ausgedehnt, da sich die nicht ständig Angestellten in Stockholm, etwa 250 Mann, sowie das Bremserpersonal in Wäsjö ihm angeschlossen und die Arbeit eingestellt haben. Die Weigerung der Vorgesetzten, in Verhandlungen mit den Streikenden einzutreten, hat den Verband der festangestellten Staatsbahner veranlaßt, sich in mehreren Versammlungen mit den Ausständigen solidarisch zu erklären. So wurde in Göteborg in einer von 350 Staatsbahner besuchten Versammlung eine gegen die Generaldirektion gerichtete Resolution angenommen. Als wichtigste Wirkung des Streiks ist eine Störung des Ausfuhrverkehrs über Göteborg zu nennen; in den letzten Tagen sind nur noch Wagen mit Lebensmitteln und Holz dorthin gelangt.

In den Stockholmer Häfen ruht jetzt die Arbeit vollkommen, nachdem die Arbeiter des Nordhafens sich ihren Kollegen angeschlossen haben. Nur auf einigen Schiffen, namentlich deutschen, wird die Beschäftigung mit Hilfe der Besatzungen aufrecht erhalten. Die Ausfahrten der Kreeber, Streikbrecher anwerben zu können, sind sehr gering.

In diesem Zusammenhang mag auch über zwei andere, wegen ihrer möglichen Folgen bedeutungsvolle Konflikte berichtet werden: Der Streik im Eisenerzwerk Narvik (Norwegen), der der schwedischen Grubengesellschaft Grangesberg gehört, wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach ausdehnen. Die Bergarbeiter der schwedischen Bergwerke Ogelöf und Grangesberg und Malmberget, die sämtlich der genannten Gesellschaft gehören, haben sich mit den Streikenden in Narvik solidarisch erklärt. Auch der Streik auf dem Freihafenbau in Malmö droht durch die Maßnahmen der Unternehmer (Verwendung von schwarzen Listen usw.) weitgehende Folgen zu zeitigen.

Zur Lage des englischen Arbeitsmarktes.

A. A. Watts berichtet in der Londoner „Justice“ vom 27. Juli, daß die Angaben des Ministers Long, England habe keine Arbeitslosigkeit, leider nicht den Tatsachen entspreche. Long sollte wissen und weiß es wahrscheinlich auch, was viele andere wissen, daß es in den Listen der Arbeitsbüros selbst jetzt über 100 000 Arbeitssuchende gibt. Ihm müßte bekannt sein, daß eine sehr große Anzahl von auf den Docks beschäftigten Personen nur gelegentlich Arbeit findet trotz der einseitigen, von Zeit zu Zeit erfolgenden Feststellung, daß auf den Docks eine Ueberfüllung vorhanden ist, eine Tatsache, die dem Durcheinander in der Verwaltung der Docks und dem Fehlen einer zweckmäßigen Organisation der verfügbaren Arbeit zuzuschreiben ist. Außerdem gibt es noch viele Berufe, in denen Arbeitslosigkeit herrscht, so in meinem eigenen Gewerbe; der Londoner Gewerksverein der Schriftsetzer nämlich zählt 12 000 Mitglieder, von denen 2000 im Felde sind, und doch hatte diese Vereinigung in den letzten sechs Monaten an 834 Personen 2850 Pfund Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Wie es wahr ist, daß in gewissen Gewerben Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, wie das natürlich ist, da sich die Hälfte unserer Männer unter den Waffen befindet, so ist es in demselben Maße unwahr, so sagen, es gäbe in der bürgerlichen Bevölkerung keine Arbeitslosigkeit. Man braucht keine Zeitungen zu lesen und keine amtlichen Statistiken zu kennen, um dies zu erfahren. Das tägliche Leben zeigt es jedem. Aber wir können natürlich nicht von einem Kabinettsminister erwarten, daß er viel von den einfachen Tatsachen des gewerblichen Lebens weiß. Trotzdem sollten unsere Arbeiter-Abgeordneten diesem Herrn und noch vielen anderen gegenüber die Wahrheit sagen, wenn über den Arbeitsmarkt ungenaue Tatsachen mitgeteilt werden.

In der gleichen Nummer äußert sich „Latter“ über die Frauenarbeit dahin, daß die Zahl der Beschäftigten Frauen wieder gestiegen

ist, so beispielsweise seit der vor fünf Wochen veröffentlichten Statistik über Frauenarbeit in den Brauereien von 10 000 auf 20 200, so daß die Brauereien von den im Nahrungsmittelgewerbe überhaupt neu hinzugekommenen 80 900 Frauen allein 10 200 beschäftigen, während in den Konditoreibetrieben nahezu 5000 Frauen weniger beschäftigt werden. Im Bekleidungsgebiete ist die Zahl der beschäftigten Frauen nur wenig gestiegen, nämlich von 654 000 auf 665 700. Um nahezu 7000 hat die Zahl der Frauen abgenommen, die mit Kleiderherstellung, -färben und -reinigen beschäftigt sind. In den Wäschereien zeigt sich eine Abnahme von 10 Proz., nämlich um 10 000. Die Frauen sind in besser bezahlte Berufe übergegangen. In der Schuh- und Stiefelindustrie sind statt 51 000 jetzt 58 700 tätig. Diese Ziffern dürften noch zu niedrig sein. Alles zusammengekommen zeigen die neuen Ziffern jedoch keine solche Zunahme in der Beschäftigung von Frauen, wie die ersten Ziffern es taten. Der Gesamtzuwachs ist auf 5 Proz. zu berechnen.

Die Löhne der walisischen Bergleute.

Nach „Daily Chronicle“ vom 27. Juli sind die Löhne der Bergleute in Wales jetzt um 51% Proz. höher als vor dem Kriege.

Aus Industrie und Handel.

Die Ernte auf dem Balkan.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bringt im Morgenblatt vom 27. Juli einen aus Sofia vom 15. Juli datierten Bericht, worin es heißt: Zuerst war man in der Türkei, Rumänien und Bulgarien sehr zufrieden darüber, daß die Wärme schon so früh einsetzte und daß es trocken blieb. Die Ernte reiste um so schneller und konnte hereingebracht werden. Diese ist jetzt beinahe beendet und überall wird eifrig gedroschen, wobei die Kriegsgefangenen helfen, nur ist in einzelnen Gegenden das Korn etwas zu sehr eingetrocknet und wird deshalb weniger Mehl aufbringen. Im allgemeinen ist die Getreideernte aber ausgezeichnet, sowohl nach Qualität als nach Quantität.

Dies ist für die Bevölkerung eine große Verhütung, da die großen Forderungen der Mittelmächte es verursachten, daß auch wir hier in Bulgarien auf Brotrationen angewiesen waren.

Wenn man mit der Getreide- und Zuckerebeneernte und auch mit der Opiumernte sehr zufrieden sein kann, so wird die Trockenheit und Hitze doch langsam bedrohlich für den Reis, die Hülsenfrüchte und den Reis. Besonders Reis und Bohnen sind sehr wichtig, da beide die Hauptnahrung des Volkes bilden. Auch würden sie in riesigen Mengen ausgeführt und würden also so der Ernährung der Mittelmächte zugute kommen. Wenn nicht bald ergiebiger Regen kommt, wird diese Ernte höchstens mittelmäßig werden.

Reis wird in den sogenannten neuen Provinzen nur in beschränktem Maße angebaut. Dort begt man mehr Besorgnisse für den Tabak, da man befürchtet, daß die Pflanzen und Blätter zu viel am Stamm austrocknen und so ihren Geschmack verlieren werden, wenn nicht ab und zu ein erfrischender Regen niedergeht.

Freistreibereien auf dem Leimmarkt.

In einer am 5. August im Reichsamt des Innern mit Vertretern der Leimhersteller, des Leimhandels und Verbraucher gepflogenen Besprechung wurde über Maßnahmen gegen die auf dem Leimmarkt herrschenden Freistreibereien beraten. Vorgeschlagen wurde eine einheitliche Bewirtschaftung des Leims jeder Art, insbesondere Leder-, Knochen- und Fischleims unter Festsetzung von Höchstpreisen. Um genaue Unterlagen für eine Entschlüsselung in diesem Sinne zu erhalten, wurde zunächst beschlossen, eine Vorrats- und Bedarfshebung zu veranstalten. Bei der Vorratserhebung soll Anmeldung der Bestände am 1. August 1916 und an einem noch zu bestimmenden Tage nach Erlass einer entsprechenden Verordnung verlangt werden.



NEUE Manoli PREISE EINSCHLIESSLICH KRIEGSZUSCHLAG

	Früher	Jetzt		Früher	Jetzt
Dalli	3 ₰	3 1/2 ₰	Gudrun	6 ₰	7 1/2 ₰
Meine Kleine	3 1/2 ₰	4 ₰	Dalman	6 ₰	7 1/2 ₰
Rapier	4 ₰	5 ₰	Diva	7 ₰	8 ₰
Montebello	5 ₰	6 ₰	Kaiser I	7 ₰	8 ₰
Rumpler-Taube	5 ₰	6 ₰	Heliotrop	8 ₰	10 ₰
Wimpel	5 ₰	6 ₰	Herrenhaus	8 ₰	10 ₰
Argument	6 ₰	7 1/2 ₰	Klasse	10 ₰	12 ₰
			Optima	10 ₰	12 ₰

HERGESTELLT AUS REIN MACEDONISCHEN EDELTABAKEN
IN UNVERÄNDERTER GÜTE

Heute Mittwoch, den 9. August: Zahlabend in Groß-Berlin.

Chronik des Weltkrieges.

9. August 1914.

Ueber die Einnahme von Lüttich wird amtlich gemeldet: „Lüttich ist jetzt in unserer Hand. Die Verluste des Feindes waren groß. Unsere Verluste werden sofort mitgeteilt werden, sobald sie zuverlässig bekannt sind. Der Abtransport von drei- bis viertausend kriegsgefangenen Belgiern nach Deutschland hat bereits begonnen. Nach den vorliegenden Meldungen hatten wir in Lüttich ein Viertel der gesamten belgischen Armee gegen uns.“

An der Ostfront nur kleine Grenzschmäuel: Zwei russische Kompagnien werden drei Meilen östlich von Tisitz nach dem russischen Grenzort Turbog zurückgeworfen. Ferner wies in Biala, 10 Kilometer östlich von Jochimsburg, eine deutsche Grenzschuchabteilung den Angriff einer russischen Kavalleriebrigade zurück, wobei sie acht Gefühle erbeutete.

An der galizischen Grenze fehlen sowohl nördlich von Krafau als auch bei Brody und nördlich von Czernowicz die Oesterreicher ihre Offensive erfolgreich fort.

Amlich wird erneut vor der Jagd auf vermeintliche Selbstautomobile eindringlich gewarnt. Der Polizeidirektor von Stuttgart richtet eine höchst drastische Mahnung zur Besonnenheit an die „alten Weiber beiderlei Geschlechts, die sich eines unwürdigen Treibens befleißigen“. „Jeder sieht in seinem Nebenmenschen einen russischen oder französischen Spion und meint die Pflicht zu haben, ihn und den Schutzmann, der sich seiner annimmt, blutig zu schlagen, mindestens aber unter Verursachung eines großen Aufwands ihn der Polizei zu übergeben.“

Der Jar richtet an die Mitglieder der Reichsduma und des Reichsrats eine Rede, in der es heißt:

„Das Deutsche Reich und darauf auch Oesterreich haben Aufstand den Krieg erklärt. Der ungeheure Aufschwung patriotischer Gefühle, der Liebe und Treue für den Thron, der wie ein Sturmwind durch unser ganzes Land ging, ist mir wie Euch eine Bürgschaft. Ich hoffe, daß das große Russland den Krieg, den ihm der Herr schickt, zu glücklichem Ende führen wird. . . Wir verteidigen nicht nur Würde und Ehre unseres Landes, sondern wir kämpfen auch für unsere slavischen Brüder, unsere Glaubensgenossen und Blutsverwandte. In diesem Augenblick sehe ich auch mit Freude, wie die Einigung der Slawen mit Russland stark und unausslöchlich sich vollzieht.“

Aus Lemberg wird gemeldet, daß der aus Vertretern aller ukrainischen Parteien bestehende „ukrainische Hauptrat“ einen Aufruf zum Kampf gegen den Zarismus erlassen habe.

Die Berliner Zeitung „Volk“ richtet ihrerseits einen Aufruf an die Flamen, sich „ihrer stolzen niederdeutschen Vergangenheit“ zu erinnern und sich an Deutschland anzuschließen.

Die Engländer besetzen die Hauptstadt von Togo, Lome.

9. August 1915.

Bei Ipern und in den Argonnen Schornmüchel. An der Ostfront wurde die Warschauer Vorstadt Praga besetzt. In Warschau wurden einige tausend Gefangene gemacht. Nowo-Georgiewsk wird enger eingeschlossen. Bei Comja siegreiche Gefechte, wobei 1400 Russen gefangen genommen werden. An Rowno haben sich die Angriffsstruppen näher herangeschoben. An den Dardanellen werden Angriffe der Alliierten mit großen Verlusten für sie zurückgeschlagen.

Ein englisches U-Boot versenkt den „Barbaros Haidredin“, das alte deutsche Linienschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, das 1910 an die Türkei verkauft worden war.

Aus Bulgarien wird gemeldet, daß dort die Sozialisten große Protestkundgebungen gegen die Beteiligung am Kriege veranstalteten.

Der Reichskommissar für Uebergangswirtschaft.

Als vor einem Jahre gelegentlich Friedensgerüchte aufstiegen, glaubten die sächsischen Industriellen die Zeit für eine dringliche Mahnung an die Reichsleitung gekommen, die notwendige Abrüstung der Wirtschaft auf den Friedensfuß von Reichs wegen zu schägen und alle staatlichen Hilfsmittel zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt zu verwenden.

Die sächsischen Industriellen haben leider den Frieden zu nahe und zu sehr mit den großen deutschen Waffenerfolgen im Osten verknüpft gesehen. Aber jetzt hat auch die Reichsleitung die Zeit für wirtschaftlichen Abrüstung für gekommen erachtet und deshalb einen „Reichskommissar für die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft“ bestellt. Ihm obliegt die Fürsorge für die Hebung der durch verschiedene kleine Maßregeln nicht wesentlich und dauernd gehobenen Währung, die Verfügung über den Schiffraum und die Beschaffung und Verteilung der Rohstoffe.

Zum Reichskommissar ist der bisherige Zivilgouverneur von Antwerpen bestellt worden, der hamburgische Senator Dr. Stahmer.

Die engeren Landkreise Dr. Stadlers erhoffen von ihm mehr als staatlichen Schutz der wirtschaftlichen Abrüstung: baldigste Wiederherstellung des freien Handels, der vom Bundesrat unter dem Eindruck seines völligen Verlangens eben erst in harte Verordnungsformeln gefaßt worden ist. Diese Bestrebungen haben mächtige Gönner: Dr. Helfferich wie sein Unterstaatssekretär Dr. Richter haben sich zu ihren Gunsten erklärt. Ganz klar umschreibt die „Vossische Zeitung“ diese Erwartungen: „Es ist nicht zu verkennen, daß diese Maßricht (von der Ernennung Stadlers) hier (in Hamburg) in den weitesten Kreisen freudig begrüßt worden ist, weil man hierin eine Sicherheit dafür erblickt, daß diese Ernennung die schärfste Absage an diejenigen Bestrebungen enthält, die den freien Handel auch nach dem Kriege möglichst lange auszuhalten und dagegen die Zentralisierung des Handels in den Händen des Reiches aufrecht erhalten wollen.“

Das Bürgertum wird in diesen Problemen keine einheitliche Haltung einnehmen. Die Industriellen, die an billigen und gerecht verteilten Rohstoffen das größte Interesse haben, werden vermutlich weniger ungerne den freien Einfuhrhandel verlangen, als die Kaufleute. Die Tätigkeit der bestehenden Einfuhrorganisationen rechtfertigen auch keinen Sturm auf gegen die Zentralisation des Wareneinfuhrs und der Warenverteilung. Fehler mögen vorkommen, die Unkosten noch manchmal hoch sein. Aber während der Wettbewerb der Einzelkäufer die Preise maßlos treibt, doch ohne für die allgemeine Bedarfsdeckung bürgen zu können, haben die Zentraleinkaufsgesellschaften praktisch alles, was

zu erhalten war, eingeführt und doch, wie die Preisentwicklung zeigt, die frühere Ausnutzung des Weltmarktes deutscher Käufer um die Waren durch die Neutralen zu verhindern gewußt. Die erhobenen Anklagen haben nicht das Gegenteil zu beweisen vermocht. Im System liegt es begründet, daß die von schrankenlosem Gewinnstreben besessenen Kaufleute bei Warenmangel ohne höhere volkswirtschaftliche Rücksichten auf ganze höchste Preise zahlen und wieder ohne Rücksicht auf den gemeinen Nutzen an die besten Käufer verkaufen.

Das neue Reichskommissariat hat aber noch eine andere große Bedeutung. Das Bürgertum will sich in seiner wirtschaftlichen Arbeit nicht von Bürokraten gängeln lassen und leitet sein Recht zur Mitarbeit in der wirtschaftlichen Verwaltung aus der mangelhaften wirtschaftlichen Mobilisierung ab, deren Fehlschlag oft schlechte und kurzlebige Improvisationen nötig gemacht hat. So schreibt Dr. Johannes März, der den sächsischen Industriellen sehr nahe steht, in seiner Broschüre „Der achte Staatssekretär für Handel, Industrie und Schifffahrt“: „Es bedarf der Mitarbeit des praktischen Kaufmanns und Industriellen auf dem ganzen Gebiet der deutschen Außenhandelsinteressen. Man wird sich nicht darauf beschränken können, die notwendige Heranziehung der erwerbenden Stände auf eine lose Mitwirkung im Sinn der heutigen Organisation des Wirtschaftlichen Ausschusses auf Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen und allenfalls der in direktem Zusammenhang damit stehenden allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen zu beschränken. Für das ganze Gebiet der auftauchenden Probleme muß solche Mitarbeit in geeigneter Weise geschaffen werden.“

März und Genossen wünschen die Errichtung eines Reichswirtschaftsamtes, das die jetzt vom Reichsamt des Innern und vom Auswärtigen Amt verwalteten Angelegenheiten in einer Hand vereinigen soll und dessen Wirkungsbereich mit folgenden Schlagworten umschrieben wird: Wirtschaftliche Abrüstung, Organisation einer wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft, Durchführung der wirtschaftlichen Friedensverträge, Handelspolitik, Neuorientierung des inneren Wirtschaftens und Verfassungslebens, großzügige Bevölkerungspolitik, Sozialpolitik.

Die Sozialdemokratie wird jede neue auf Förderung der Produktion gerichtete Organisation begrüßen. Aber auch ein achter Staatssekretär vermag nichts, wenn der Krieg die Wirtschaft bis auf die letzte erschöpft hat und wenn nicht die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Richtung der zielbewußten Industrieförderung orientiert ist, indem sie dem deutschen Arbeiter billiges Brot und Fleisch, dem Fabrikanten billige Rohstoffe liefert und zugleich den agrarischen Ländern gegen Zollermäßigungen auf Weltmärkten einen aufnahmefähigen Markt öffnet.

Die parlamentarische Vertretung der sozialdemokratischen Partei wird natürlich die Notwendigkeit der amtlichen Förderung der Sozialpolitik in den Vordergrund rücken, wenn die Sonderwünsche der Industriellen erfüllt werden.

Politische Uebersicht.

Für Lehmann und Krause.

Der frühere Oberbürgermeister von Posen und jetzige Direktor der Nationalbank, Geheimrat R. Witting, setzt im „Berliner Tageblatt“ seine bereits im „Vorwärts“ vom 1. August besprochene steuerpolitische Studie „Für Lehmann und Krause“ fort. Er geht hier recht energisch dem von der Regierung und der Mehrheit der Parteien, unter Führung der Konservativen, festgehaltenen Grundgedanken zu Leibe: dem Reiche die Rolle und die indirekten Steuern, den Einzelstaaten die direkten Steuern! Demgegenüber stellt Herr Witting fest, daß es sich in diesem Streit einfach handelt „um die Errichtung einer wirklichen Finanzhoheit des Reiches, dem fortan der erste und prinzipale Zugriff auf alle Steuerquellen, direkte wie indirekte, gebührt, und von dem Staaten und Gemeinden zu speisen sind. Das ist die Grundfrage, die entscheidende Frage; darum wird der Kampf entbrennen, der starke, verfassungsrechtliche Folgen haben muß.“

Herr Witting berechnet den Bedarf für das Reich nach dem Kriege auf 9 für die Einzelstaaten und die Kommunen auf 5 Milliarden Mark und sagt dann:

„Das Reich wird also annähernd das Doppelte von dem pro Jahr bedürfen, was Staat und Gemeinden zusammen brauchen. Wäre es da nicht eine harte Ungerechtigkeit, diese Bedürfnisse des Reiches nun auch ausschließlich und allein auf die indirekten Steuern zu verweisen und damit den Grundgedanken zu statuieren, daß die Kosten für diesen Krieg in wesentlichen die unbemittelte Bevölkerung aufzubringen hätte? Nein, durch einen Krieg, der um Leben, Sicherheit und Vermögen eines jeden einzelnen Bürgers ging und geht und der diese Lasten verursacht, hat das Reich sich den unbestreitbaren Anspruch auf die Steuerhoheit erworben. Nicht das ist entscheidend, ob der Besitz in den Einzelstaaten jetzt schon mehr oder weniger stark belastet ist; dieser Gesichtspunkt muß gegenüber den anderen zurücktreten, daß fortan die Ansprüche des Reiches so ungeheuer groß über die der Einzelstaaten und Gemeinden herausgewachsen sind, daß jene über die Abgrenzung der steuerlichen Kompetenzen zu entscheiden haben.“

Herr Witting beruft sich weiter auf den Göttinger Volkswirtschaftslehrer Prof. Gustav Cohn, der kürzlich an die Besitzenden appellierte und sie auf die Notwendigkeit hinwies, zu den durch den Krieg verursachten Lasten mit unter Umständen ungewöhnlichen, ganz großen Opfern beizutragen, und fährt dann fort:

„In einer Zeit wie der heutigen, in der rings um unser Land die Kanonen donnern und in der unsere Soldaten mit ihren Leibern die Sicherheit jedes einzelnen Einwohners und seiner Habe verbürgen, scheinen einem überhaupt Geldopfer unendlich gering gegen dasjenige, was unsere Kämpfer geben. Und wer in diesem Krieg ein Mutopfer gebracht hat, wer einen geliebten Angehörigen hat hingeben müssen, dem ist ja ohnehin der Gedanke neuerlicher Opfer, mögen sie noch so groß sein, herzlich gleichgültig geworden. Wer aber heil und ohne tiefes seelisches Leid aus diesem Kriege herauskommt, der mühte doch gewiß freudig bereit sein, dem Reiche, das ihn geschützt, seine Habe gerettet hat, nach allen Kräften zu steuern. So kann und darf nach dem, was wir erlebt haben und erleben, die Furcht vor hohen Steuern die Besitzenden doch wahrlich nicht in ihren Entschlüssen bestimmen; das Gegenteil wäre tief traurig und verächtlich, — es wäre ein Zeichen jenes Ramonismus, von dem uns doch die Ideen von 1914 angeblich befreit haben sollen.“

Wie recht Herr Witting mit seiner in den letzten Worten ausgedrückten Skepsis hat, zeigt bereits die Aufnahme, die sein letzter Kuffah in der Presse findet. So tadelt die „Kreuzzeitung“ den „paralligen Reformeifer“ Wittings, dessen Berechnungen „reißlich willkürlich“ seien, da nicht ab-

zusehen sei, wie lange der Krieg noch dauern werde, ebenso wenig, wie die Kriegskostenfrage im Friedensschluß geregelt werde, was auch noch „andere Umstände im Dunkel“ seien.

„Am so entscheidener — fährt das konservative Organ fort — muß der Versuch zurückgewiesen werden, auf die eine Forderung von geradezu revolutionärer Bedeutung zu gründen, wie es die Regelung des gesamten Steuerwesens durch das Reich sein würde. Das ließe auf die Kommunalisierung der Einzelstaaten hinaus. Haben wir nach dem Kriege mit einer so unerhört gestiegenen Steuerlast zu rechnen, so wird selbstverständlich auch eine noch weitere Ausspannung der direkten Steuern nicht zu vermeiden sein. Aber dazu bedarf es nicht ihrer Unterstellung unter die Reichsregierung. Auch soll man sich über die Beiträge, die auf diese Weise noch flüssig zu machen sind, keiner Illusion hingeben. Bei der bereits bestehenden Belastung ist aus der direkten Steuer ohne ernstliche Schädigung für die Allgemeinheit nicht mehr allzu viel herauszubolen (?). Es ist ein Fehler, den auch Witting nicht vermeidet, hier nur den Gegensatz von „Besitzenden“ und „Nichtbesitzenden“ zu sehen. In Wahrheit sind diese an einer Regelung des Steuerwesens, wie sie das volkswirtschaftliche Leben am besten verträgt, genau so interessiert wie jene.“

Auf die in den letzten Worten enthaltene Andeutung, die Besitzlosen seien an der Schonung des Besitzes genau so interessiert wie die Besitzenden selbst, kommen wir noch zurück, wenn wir auf die interessanten Äußerungen Wittings über die grundlose Furcht vor einer eventuellen „Schädigung“ der Kapitalanhäufung näher eingehen. Allein auch so zeigt die scharfe Zurückweisung, die die Ausführungen Wittings in der „Kreuzzeitung“ gefunden haben, daß sein Appell an die Besitzenden, bei der kommenden „Finanzreform“ in erster Linie für die Lehmann und Krause zu sorgen, die „das Reich gesichert und jedem von uns Hob und Leben gerettet haben“, mindestens bei einem beträchtlichen Teil der „Beschränkten“ schon jetzt verflorenen Ohren findet. Die Lehmann und Krause werden daraus die nötigen Konsequenzen ziehen.

Die Steuerpolitik der Gewerkschaften

verursacht dem freikonservativen Führer Freiherrn v. Jeditz einige Kopfschmerzen. Er ist im allgemeinen mit den freien Gewerkschaften und dem Vorstehenden der Generalcommission, Genossen Legien, zufrieden. Gleichwohl seien, wie er in einem Artikel des „Tag“ (Nr. 184 vom 8. August 1916), überschrieben: „Gewerkschaften, Partei und Steuerpolitik“, auseinandersetzt, Äußerungen Legiens in die Öffentlichkeit gelangt, die Anlaß zu denken gäben. Zunächst habe er „gegenüber einer Anregung des Kanzlers es abgelehnt, die freien Gewerkschaften von politischen Parteibestrebungen loszulösen, vielmehr ihre Verbindung mit der Sozialdemokratie auch für die Zeit nach Friedensschluß für das allein Richtige erklärt.“

„Ein solcher Zusammenhang“, so bemerkt Jeditz, „hat ohne Zweifel Vorteile von erheblicher Art. Die Gewerkschaften bilden zurzeit die Kerntruppe der auf vaterländischem Boden stehenden Richtung der Sozialdemokratie. Auf den Gewerkschaften beruht sonach vornehmlich die Aussicht dieser Richtung, gegenüber der Opposition den Sieg zu erlangen. Weiter aber beruht auf den Gewerkschaften in erster Linie auch die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie sich von der Prinzipienreiterei befreien und sich zu positiver, praktischer Mitarbeit an den großen staatlichen Aufgaben unserer Zeit bereitzustellen lassen wird.“

Auf der anderen Seite nötigt dieser politische Einschlag doch, die freien Gewerkschaften in der Geschickung und Verwaltung etwas anders zu behandeln als Arbeiterorganisationen mit rein wirtschaftlichen und sozialen Zielen ohne solche politische Färbung.“

Schlimmer als die Verbindung der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie erscheint Herrn v. Jeditz die Steuer- und Zollpolitik der Gewerkschaften. Legien habe namens der freien Gewerkschaften den christlichen Gewerkschaften die Freundschaft gekündigt für den Fall, daß diese sich unter dem Einfluß des Zentrums bereitzustellen lassen sollten, bei der künftigen Ordnung der Reichsfinanzen Verbrauchs- oder Verbrauchsabgaben zuzustimmen. In dieser Äußerung komme eine völlig einseitige Vertretung der Interessen des Proletariats zum Ausdruck, die natürlich Herrn v. Jeditz ein Greuel ist. Solche steuerpolitischen Pläne, welche die gesamten vom Reich aufzubringenden Steuern der wohlhabenden Minderheit allein aufbürden wollten, erscheinen ihm als das denkbar Verwerflichsste, vor dem wenigstens Preußen bewahrt werden müsse:

„Es liegt auf der Hand, daß solche steuerpolitischen Pläne die schweren Bedenken, welche einem Uebergriff des Reiches in die Einkommens- und Vermögenssteuer sowohl vom finanz- wie vom verfassungspolitischen Standpunkt an sich schon entgegenstehen, ganz außerordentlich verstärken müssen. Dasselbe gilt von den Gründen gegen eine allzu weitgehende Demokratisierung des preussischen Wahlrechts. Nach beiden Richtungen wird man daher jene Legienische Äußerung wohl zu bewerten haben.“

Herr v. Jeditz gibt aber die Hoffnung nicht auf, die Gewerkschaften zu seinen steuer- und zollpolitischen Ansichten zu bekehren. Er verlegt sich in seinem Artikel aufs Zureden und bemüht sich, auseinanderzusetzen, daß Verbrauchssteuern an sich gar nichts Verwerfliches seien; die Höhe reguliere sich selbst durch die Rücksicht auf den Ertrag, denn eine zu hohe Steuer schränke den Verbrauch ein und mindere damit den Ertrag. Die Schutzölle aber gewährten in der Behebung und Stärkung des heimischen Gewerkslebens einen mehr als ausreichenden Ausgleich für die Mehrbelastung des Verbrauchs. Insbesondere gleiche für die Arbeiterschaft die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und die Erhöhung des Arbeitslohnes die Verteuerung der Lebenshaltung mehr als aus. Mit diesen aus den früheren Zollkämpfen sattem und tausendmal widerlegten Argumenten begnügt sich Herr v. Jeditz. Er hält es offenbar nicht für notwendig, sich in besondere geistige Anstrengungen zu tätigen. Den Mangel an durchschlagenden Gründen erlegt er mit beweislosen Redensarten über die außerordentlichen Fortschritte in der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter, wobei er sich auf „säkularisierte Volkswirte“ aus der sozialdemokratischen Schule wie Galmer beruft. Die Gewerkschaften werden es kaum für notwendig halten, angesichts dieser Jeditzischen Argumente seinen Rat zu befolgen und „eine objektive Nachprüfung dieses Teiles des Programms der Gewerkschaften“ vorzunehmen.

Eine verdiente Festnagelung.

Zu dem gestern bei uns wiedergegebenen heftigen Angriff der „Deutschen Tageszeitung“ gegen Prof. v. Harnack schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

„Es sind erst wenige Wochen her, daß die „Deutsche Tageszeitung“, als wir die Möglichkeit einer sofortigen völligen

Deutschland selbst die Erörterungen der extremsten Linkradikalen über diese Frage ertragen könne. Jetzt aber kann dieselbe „Deutsche Tageszeitung“ nicht einmal die Ausführungen eines Mannes anhören, der sich ausdrücklich als den Vertreter der mittleren Linie bezeichnet. Besonders peinlich aber wirkt die Art, wie das alldeutsche Bündlerblatt auf die „Schlagworte“ Harnack aufmerksam macht. Denn wer die Phrasologie der „Deutschen Tageszeitung“ kennt, weiß, daß ihre Bemerkung weiter nichts als eine nur schwach verhüllte Aufforderung an die Zensur ist, nach dem Rechten zu sehen. In solchen Denunziationen unbehaglicher Gegner hat sich das Blatt ja neuerdings recht bewandert gezeigt.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt zu dieser Zurückweisung an die Adresse des Bündlerblattes nur resigniert: „Wir enthalten uns eines Kommentars zu dieser Auseinandersetzung.“

Die Kriegsziele des Hansabundes.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt: In einem Aufruf des Hansabundes zum Beginn des dritten Kriegsjahres wird auch ein Beschluß des Direktoriums vom 15. September 1915 mitgeteilt, worin es über die Kriegsziele heißt:

daß Deutschland, welches seinerseits auch noch der mit Sicherheit zu erwartenden siegreichen Beendigung des Weltkrieges seine ausschließliche Herrschaft zu Wasser und zu Lande anstrebt, entschlossen sein müsse, die Freiheit der Meere von jeder ausschließlichen Herrschaft und von der erdrückenden Vorherrschaft eines einzigen Staates im eigenen Interesse und in dem aller anderen Staaten zu erkämpfen.

Es heißt darin ferner: daß das deutsche Volk in seiner weit überwiegenden Mehrheit (!) Red. des „Vorwärts“) gewillt sei, Gebietsveränderungen zuzustimmen, soweit sie einerseits unter Berücksichtigung unserer nationalen Politik nach außen und nach innen unbedenklich und andererseits dazu erforderlich sind, uns gegen eine Wiederholung jeder Angriffs- und Einkreisungspolitik möglichst dauernd zu schützen.

Und drittens: daß wir außerdem die Rückgabe unserer kolonialen Besitztümer, ferner die Zahlung einer angemessenen Kriegskostenentschädigung und die Erfüllung aller sonstigen berechtigten Entschädigungsansprüche durch die Gegner sowie die Schadloshaltung der völkerrechtswidrig geschädigten Auslandsdeutschen für notwendig halten.

Vom Sparzwang für Jugendliche.

Im Bereich des Oberkommandos in den Marken ist der Sparzwang für Jugendliche voll in Kraft. Jetzt hat das Oberkommando auch noch gewissen Erleichterungen, die von Gemeindevorständen gewährt worden waren, einen Riegel vorgeschoben; es hat an die Regierungspräsidenten folgende Mitteilung ergehen lassen:

Es ist zur Kenntnis des Oberkommandos gelangt, daß von verschiedenen Gemeindevorständen auf Grund des § 3 der Sparzwangsverordnung des Herrn Oberbefehlshabers vom 18. März 1916 Genehmigungen ausgestellt worden sind, durch die der Auszahlung des vollen Arbeitslohnes oder doch eines erhöhten Betrages unmittelbar durch den Arbeitgeber zugestimmt wurde. Derartige Genehmigungen sind unzulässig und entbehren der Rechtswirksamkeit. Die Gemeindevorstände sind nach der angeführten Bestimmung nur ermächtigt, Auszahlungen der Sparkassen aus den nach § 2 Absatz 1 der Verordnung bei ihnen eingezahlten Sparguthaben zu genehmigen.

Die neue Kriegsanleihe.

Die vom Reichstag in seiner letzten Tagung bewilligten zwölf Milliarden Mark Kriegskredite werden in den ersten Tagen des Septembers zur Zeichnung aufgelegt. Ueber die Höhe des Zeichnungskurses und über sonstige Einzelheiten sind die endgültigen Bestimmungen noch nicht getroffen worden.

Das tägliche Brot.

Der Reichszuschuß für den Kartoffelverkauf der Kommunen.

Nach den neuerdings gefaßten Entschlüssen übernimmt das Reich ein Drittel des Schadens, der den Gemeinden entfällt, wenn Kartoffeln im Kleinhandel zu folgenden Preisen verkauft werden:

vom 16. Juli	bis 10. August	... 9 Pf.
vom 11. August	... 20.	... 8 Pf.
vom 21.	15. September	... 7 Pf.
vom 16. September	30.	... 6 Pf.

Voraussetzung für den Reichszuschuß ist, daß die restlichen zwei Drittel von anderer Seite getragen werden. Der Zuschuß wird gewährt für die in den einzelnen Zeitabschnitten im Kleinhandel nachweislich abgesetzten Mengen, jedoch höchstens für eine Menge von 1½ Pfund auf den Tag und Kopf der ortsanwesenden Bevölkerung. Von der Beschränkung auf minderbemittelte und Kriegerangehörige wird abgesehen.

Regelung des Verkehrs mit Gemüse.

Zu der Verordnung über vorläufige Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs mit Gemüse und Obst vom 15. Juli 1916 (M. G. Bl. 744).

Von den nach § 3 der Verordnung anzeigepflichtigen Vertretern über den Erwerb von Gemüse und Obst sowie von Dörrgemüse sind bei der Reichsstelle offenbar längst nicht alle eingegangen, insbesondere scheinen von den sogenannten Pachtverträgen über Obstnutzungen, die auch unter die Verordnung fallen, nur sehr wenige angezeigt worden zu sein. Im Interesse des zu weiteren Maßnahmen unbedingt erforderlichen erschöpfenden Ueberblickes muß aber auf die Anzeige sämtlicher Verträge, soweit sie ganz oder teilweise nach dem 1. (Bezüglich der Pfäumen) oder 15. August zu erfüllen sind, der allgrößte Wert gelegt werden. Diejenigen, die mit der Anzeige noch im Rückstand sind, werden deshalb ersucht, das Versäumte zur Vermeidung strenger Bestrafung schleunigst nachzuholen.

Ungeachtet des Verbots in § 2 der Verordnung scheinen übrigens, wie aus Anzeigen in der Presse hervorgeht, immer noch, zurzeit sogar von Gemeinden usw. Obstverpachtungen und Verkäufe vorgenommen zu werden. Die örtlichen Polizeibehörden werden hierauf ihr besonderes Augenmerk richten.

Zu hohe Provision der Viehhändler.

Bei der Erörterung der Lebensmittelsteuerung ist vielfach auch auf die hohen Provisionen, die trotz staatlicher Organisation noch von verschiedenen Seiten eingestrichen werden, hingewiesen worden. Die Viehhändlerorganisation hat die Viehhändler nicht ausgeschaltet, ihnen im Gegenteil ermöglicht, eine hohe Provision bequem und leichter einzustreichen als im freien Handel. Von der Handelszentrale wurden freilich Behauptungen dieser Art immer bestritten. Jetzt muß die Nachrichtenstelle des Zentralviehhändlerverbandes selbst zugeben, daß die früher geschlossenen Provisions-

Verträge für als etwas zu hoch herausgestellt hätten, weil die Preise für die Viehe infolge der Gewichtserhöhung immer höher und somit die berechneten Provisionen immer größer geworden seien. Außerdem erfolgen die Lieferungen nur zu einem beschränkten Teil im freien Handel, der größte Teil des Viehes wurde durch die Anordnungen der Landratsämter abgeliefert und enteignet, so daß die Vertrauensmänner und Viehhändler bei der Mitwirkung der Schlachtwiechlieferung geringere Geschäftskosten haben und außerdem häufig auch nicht mit ihrem eigenen Kapital, sondern dem des Landratsamtes oder des Viehhändlerverbandes arbeiten. Die Nachrichtenstelle des Zentralviehhändlerverbandes hält einen Ausschlag von 10 Proz. für Provision als ausreichend und nimmt an, daß eine Neuregelung der Provision bezirksweise etwa nach diesen Grundzügen erfolgen werde.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die am Sonntag, den 6. August, in Burzen tagende Kreisgeneralversammlung des 11. sächsischen Reichstagswahlkreises (Grimma-Döbeln-Burzen) besaßte sich unter anderem auch mit den Differenzen in der Partei. Mit 80 gegen 10 Stimmen (bei 90 anwesenden Vertretern) nahm sie nachstehende Resolution an:

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Volksvereins des 11. Wahlkreises hält die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegend und sieht auf dem Standpunkt der Minderheit, die sie kräftig unterstützen wird. Die Versammelten erklären weiter, daß sie alles tun werden, daß die Parteifreiheit innerhalb der Parteiorganisation ausgeübt werden.

Mit demselben Stimmenverhältnis lehnte sie den ersten Absatz der nachstehenden Resolution ab; der zweite wurde angenommen:

Die Versammlung billigt die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion und die Erklärung vom 4. August 1914, da noch heute für sie die Kriegslage zutrifft.

Sie verurteilt alle Bestrebungen, die auf eine Spaltung der Partei hinauslaufen.

Aus Groß-Berlin.

Grauer Fremdenverkehr.

Auch im zweiten Kriegsjahr hat die Reisezeit alle Wanderleute in Bewegung gesetzt. Lodenmäntel, Lederkoffer, Gutschäden, Rucksäcke, gepackte Droschken und HgWg.-Wagen hasten durch die Straßen und ergeben das gewohnte Sommerbild. Ein paar neue Züge aber hat der Weltkrieg doch hineingeschrieben. Die „handelnden Personen“ in der großen Sommerkomödie haben sich gewandelt. Die Gäste, die durch die Weltstadt ziehen, sind andere geworden. Die englische Lady mit dem Baedeker fehlt. Auch aufgetafelte Russinnen und glattstirnte Dollarfürsten sucht man vergebens. Die deutschen Provinzonskel aber sind dem Berliner Pflaster treugeblieben, trotzdem die Anziehungspunkte bedeutend gemindert sind. Fleischkarte und Butterkarte schmälern die Genussfreude. Und die Berliner Nacht ist schon um 1 Uhr zu Ende! Aber die Vogensichter der Jäger- und Behrentröge leuchten trotzdem noch in altem Glanz und keine Weinflasche braucht ihren Daseinszweck zu verfehlen. Das ist alles geblieben.

Aber es gibt neue Merkmale: Graue Gäste kommen und gehen. Sie beherrschen Straßen, Plätze, Bahnhöfe, Speisehäuser und Vergnügungsorte. Sie sind überroll und geben der Straße ihr Gepräge. Woher sie kommen? Wer kann es wissen? Wie ein Vogelschwarm schwirren sie in die Stadt und breiten sich aus. Manche bleiben wochenlang hier, manche nur wenige Tage. Manche ziehen nach Stunden schon weiter. Vor den Bahnhöfen stehen sie in grauen Gruppen. Ihr Reisezeug ist die Feld-, Wald- und Wiesenmode dieser Tage. Alle Welt, soweit sie männlich ist, folgt dieser Mode. Ihr Rucksack nennt sich Tornister und ist hochgepackt mit Mantel und Kochgeschirr. Ihre Stiefel sind staubbedeckt. Man merkt: ihr Weg war weit und schwer. Und die Gesichtsfarbe! Sie sind braun wie Leder. Das ist kein äußerer Laß. Das ist Naturfarbe, tief eingebraunt und von fester Schicht. Im Gewimmel Berlins sind die Feldgrauen die hellsten Erscheinungen. Sie sind die Gäste, um die sich alles dreht. Oft haben sie noch alle Hände voll mit Schachteln und Kisten und im Säbelgurt hängen weisse Rosenblüten. Das sind die Urlauber, die vollbeladen vom heimischen Kochherd kommen. Ihr kurzes Glück ist zu Ende. Oft zeigt die Straße die schmerzlichekehrseite: Neben dem Kriegermann schreitet die Kriegerfrau, wenn es zum Bahnhof geht. Tapfer kämpft sie die Tränen hinunter. Schwer ist der Abschied, wo ein Grauer auf Reisen geht.

Viele graue Gäste aber kommen allein. Sie haben keine Kriegerfrau, keine Schachteln und Kisten und keine Rosen. Feldmarschmächtig ist ihre Ausrüstung. Aus den Fenstern grühen graue Arme und braune Gestirte. Niemand jubelt mehr, wenn die vollen Wagen in die dunkle Ferne rollen. Nur stille Wünsche folgen den reisenden Kämpfern.

Viele sehen vom Wunder der Weltstadt nur die Bahnhofshallen und das Gewirr hüschender Häuser. Manche nur den Weg von einem Bahnhof zum andern. Vom Anhalter ziehen sie zum Schlesiensch und vom Lehrt zur Friedrichstraße. Mit großen Augen blicken sie in die Pracht der weitgedeckten Speisehallen, in die Lichtfluten der Kaffeehäuser und auf den Strom gepudrter Damen und Herren. Eine fremde, unfassbare Welt für sie! Still gehen sie durch die große braunefarbene Stadt. Ihr Land liegt drüben... wo der Totenschauer das lachende Leben begräbt. Als Boten der Kriegswelt kommen sie in unser Sommerreich und gemahnen uns an die ernste Zeit.

Die ersten Blätter fallen.

In diesem mihtratenen Sommer ist die Natur früher gealtert, als in normalen Jahren. Ueberall schon zeigen sich die Spuren des Vergehens: von den Bäumen wirbelt das Laub gelb und braun gerändert müde zu Boden und Frauen und alte Männer sind dabei, es zusammen zu fegen und in große Kiepen zu stampfen. In den Blumenkästen vor den Fenstern der Wohnungen geht ein leises Sterben um, es welkt und glüht und der Wein hat längst schon sein Sterbefeld angelegt und seine Blätter leuchten glührot aus dem Rankenwerk.

Draußen aber, auf den Feldern, sinken die Halme unter dem scharfen Schmitt der Sense und der Mähmaschine und der Wind streift über kahle Stoppsfelder. Es mehren sich die Anzeichen des nahenden Herbstes. Auch in den Laubengärten wird geerntet. Still verblüht der Sommer in den vielen kleinen Parzellen, wo ehedem um diese Zeit „italienische“ Nächte veranstaltet wurden und frohe Erntefeste; heute geht es ruhig und schweigend zu. Die gesunden wehrfähigen Männer sind zumeist im Felde, und auf den Zurückgebliebenen lastet der Krieg mit ganzer Schwere. So wird emsig geschafft und abgeerntet, um über die harte Zeit hinwegzukommen. Immer mehr Flächen und Beete werden ihrer Früchte

beraubt, manche zum zweitenmal angebaut, man holt heraus, was möglich ist, ehe die Vorboten des Winters sich anmelden.

Die Vögel sind unwillkommene Helfer beim Überleben; vorläufig strafen sie noch die schönen, roten Beeren der Eberesche, die so verlockend winken, mit Verachtung. Die laufen nicht fort und später kommen auch noch Tage, wo man was zu schnabulieren haben muß.

Noch aber ist zu hoffen, daß die Sonne Vernunft annimmt und uns einmal dauernd auf einige Wochen mit ihrem holdseligen Lächeln beglückt. Sie müßte sonst das Prädikat bekommen: ungenügend! Denn noch ist es nicht Herbst, wenn es auch schon bedenklich herbstelt.

Pferdefleisch.

Ueber hohe Pferdefleischpreise wird uns geschrieben: Eine ganz unbedeutende Ueberverteilung wird bei dem Verkauf eines Nahrungsmittels getrieben, das nur von der ärmsten Bevölkerung Berlins genossen wird. Das ist das Pferdefleisch. Angesichts der großen Fleischnot und da der Verkauf von Pferdefleisch frei, d. h. nicht der Fleischkarte unterworfen ist, herrscht natürlich unter der ärmsten, vorurteilslosen Bevölkerung eine große Nachfrage nach Pferdefleisch. Dies hat dahin geführt, daß selbst in Berlin W., in dem die ärmere Bevölkerung verhältnismäßig wenig vertreten ist und deshalb geringere Nachfrage nach Pferdefleisch herrscht, der Preis für 1 Pfund (½ Kilo) Suppenfleisch 2,20 M. beträgt. Im Norden von Berlin, dessen Bevölkerung sich ganz überwiegend aus den unbemittelten Klassen zusammensetzt, soll der Preis für einfaches Kochfleisch 2,40 M. betragen und vor den Kochschlachtereien ein Gedränge stattfinden wie vor den Butter- und Eierläden. Diefen unerhörten Preisen entspricht in keiner Weise der Selbstkostenpreis, den die Kochschlächter anlegen. Sie zahlen selbst für Pferde im besten Futterzustand im Gewicht von etwa 10 Zentner nur 50, allerhöchstens 60 M. für den Zentner Lebendgewicht, also 60 Pf. für das Pfund. Nimmt man an, daß die Angabe eines Fachmannes, er erziele nur 80 Proz. Schlachtgewicht, den Tatsachen entspricht, so kommt ihm das Pfund rein ausgeschlachteten Fleisches nur auf 1 M. zu stehen. Er aber läßt sich von der armen Arbeiterbevölkerung über 2 M. bezahlen. Der Preis für Bucht, die aus Muskelfleisch und aus den Eingeweiden des Pferdes (Lunge, Leber usw.) hergestellt wird, dürfte den obigen Preis noch übersteigen. Danebenher läuft die Heutigentags sehr vorteilhafte Bewertung der Haut, Knochen und Hufe des Pferdes. Es scheint die höchste Zeit zu sein, daß die für die Ernährung der Bevölkerung verantwortlichen Stellen einmal auch der Kochschlachtereien ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Tatsächlich bestehen die in vorstehenden Zeilen geschilderten hohen Preise für Pferdefleisch in Berlin, die eine schlimme Ausbeutung der Bevölkerung darstellen.

Befestigungskunst und Festungskrieg.

Die Kämpfe um Verdun haben die Bedeutung, die auch heute noch wohlaufgebaute große Festungen — in Verbindung mit den überall verwandten leichteren Feldbefestigungsanlagen — besitzen, neuerdings schärfen gelehrt. Das konnte einem Unternehmen Aussicht auf das Interesse eines größeren Publikums versprechen, wie es sich jetzt in den Ausstellungen halten am Zoo outgeben hat. In mehreren großen farbigen Modellen, die den weiten Hauptraum füllen, werden die Anlagen einer modernen französischen Festung mit ihren Forts, Gräben, Traktverbänden und sonstigen Hindernissen, ihren Kasematten und Geschäfttürmen vor Augen geführt, umgeben von einem weiten vorgelände, in dem der Angreifer seine Truppen entwickelt und in dem sich hier und da bereits Kämpfe entpinnen haben. Im allgemeinen sind die Darstellungen anschaulich, in ihrer Vielfältigkeit lehrreich und in ihrer Buntheit auch von gewissem Reiz. Manches wirkt, wie es ja bei derartigen Modellen nicht anders zu erwarten ist, etwas zu schematisch. Auch in dem Aufbau der Figurenszenen kann dies und jenes ein etwas verzerrtes Bild der Wirklichkeit geben; die Abstände sind manchmal zu knapp bemessen, und die Menschenhaufen, die hier die kämpfenden Truppen andeuten, sind zu stark, zu wohlgeordnet, zu sehr nach Schema aufgebaut, als daß sie ein Bild von dem Gevire eines modernen Kampfes und Unmarisches geben könnten. Aber es bleibt doch allerlei Gelungenes, das eine Betrachtung wert ist. Die Ausstattung des Saales ist dabei nicht ohne Geschmack. Der Katalog freilich könnte auf der einen Seite, was die Erläuterung des Dargebotenen betrifft, etwas mehr geben, in anderer Beziehung weniger, von dem Stil ganz zu schweigen. Ueberdies würde es sich empfehlen, den ausgestellten Modellen selbst Plakate mit kurzen Erläuterungen beigegeben; bei der Auszeichnung der einzelnen Festungsanlagen mit Buchstaben könnte dann einiges zum Vorteil des Gesamtbildes gepart werden.

Oberkommando kontra Gords. Das Oberkommando in den Marken teilt mit, daß das Kaufhaus Gustav Gords, Leipziger Str. 33/35, wieder eröffnet worden ist, nachdem es die Verkaufspreise, die vorher jedes zulässige Maß überschritten hatten (Aufschläge von 200 bis 300 Proz. auf die Einkaufspreise und in Einzelfällen noch weit mehr) verringert hat und nunmehr nur noch einen den Bestimmungen entsprechenden Aufschlag nimmt, wie er bei den anderen großen Kaufhäusern auch festgesetzt ist. Der jetzige Aufschlag beträgt durchschnittlich nur noch etwa ein Drittel des vor der Revision angelegten. — Das Strafverfahren gegen die Firma ist eingeleitet.

Durch einen Sturz aus dem dritten Stockwerk versuchte sich die 20jährige Lydia Länger, die bei einer Familie in der Mariendorfer Straße 9 in Steglitz in Stellung war, das Leben zu nehmen. Während sie sich am Abend allein in der Wohnung befand, stürzte sie sich aus dem Fenster ihres Zimmers kopfüber auf den Hof hinab. Die L. erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß sie in bedenklichem Zustande nach dem Kreiskrankenhaus in Lichterfelde gebracht werden mußte. Der Grund zu der Tat soll darin zu suchen sein, daß das Dienstmädchen ihre Kündigung erhalten hatte.

Auf einem Auszuge vom Tode erlitt wurde am Sonntag die 54jährige Frau Auguste Gustav aus der Rigaer Str. 12 in Berlin. Frau G. hatte mit ihrem Manne einen Ausflug nach dem Müggelsee unternommen, und beide hatten dann in der nahen Köpenicker Forst ein Bett aufgeschlagen. Die Frau hatte kaum darin Platz genommen, als sie plötzlich besinnungslos umfiel. Der Gemann veranlaßte die Aufnahme der Ertrunkenen in das Kreiskrankenhaus in Köpenick. Dort ist Frau G. an den Folgen eines Schlaganfalles alsbald gestorben.

In der Königsheide wurde am Sonntag nachmittag die Leiche eines Mannes aufgefunden, der Selbstmord und das Band des Eisernen Kreuzes trug. Wie ein hinzugerufener Arzt feststellte, war der Mann, der als ein Kriegsinvalide W. aus der Steglitzer Straße in Berlin festgest. wurde, einem Herzschlag erlegen.

Straßenunfälle. In der Brunnenstraße wurde am Montagvormittag die 19jährige Margarete Müdebrecht beim Ueberqueren des Fahrdammes von einem Straßenbahnwagen der Linie 42 erfasst und umgestoßen. Bei dem Sturz auf das Pflaster erlitt Fräulein M. eine Gehirnerschütterung und Hautabrisse an Kopf. Die Verunglückte erhielt auf der nächsten Unfallstation ärztliche Hilfe und wurde von dort nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht. — In der Kaiser-Friedrich-Straße in Neutölln geriet der 64jährige Otto Wlaurod, der sich an einen Straßenbahnwagen angehängt hatte, zu Fall und unter den seitlichen Schuttrahmen. Er erlitt Kontusionen am Kopf, Arm und an den Beinen und wurde nach dem Krankenhaus gebracht. — In der Greifswalder Straße wurde die 34jährige Charlotte Kiemer von einem Straßenbahnwagen der Linie 162 umgestoßen und geriet unter den Schuttrahmen. Mittels mitgeführter Binden wurde der Bahnwagen angehoben und die Verunglückte be-

freit. Glücklicherweise hatte das Mädchen nur Hautabschürfungen am Kopf und dem übrigen Körper erlitten. Es fand im Krankenhaus Friedrichshain Aufnahme.

Aus dem Landwehrkanal gelandet wurde gestern auf der Schiffsinsel am Gartenufer die Leiche eines unbekanntem jungen Mannes von etwa 16 bis 17 Jahren. Der Unbekannte ist 1,60 Meter groß und trug einen dunkelbraunen Anzug, ein blau und rot gestreiftes Hemd mit weichem Schillertragen und einen grauen Selbstbinder mit blauen Ringen.

Verlorene Kinder im Zoo, welche an stark besuchten Sonntagen ihren Eltern abhandeln können, werden bekanntlich einer Sammelstelle neben dem Tiergarteneingang zugeführt, woselbst sie bis zur Abholung durch ihre Angehörigen unter Aufsicht bleiben. Am letzten Sonntag, an dem mehr wie 70 000 zahlende Besucher im Zoo waren, sind 82 Kinder nach und nach abgegeben und dann wieder richtig in die Hände ihrer Angehörigen gelangt. Trotz aller Anschläge an den Eingängen und den sichtbarsten Stellen im Garten mit einem auffälligen Hinweis auf diese Kinderabgabe kommt es immer wieder vor, daß Eltern aus dem Garten fortgehen, ohne in der Sammelstelle nachzufragen. Am letzten Sonntag mußten wieder in später Nacht zwei solcher Kinder nach Hause gebracht werden. Deshalb wird auf die vorerwähnte Einrichtung besonders hingewiesen.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am heutigen Mittwoch, den 9. August, in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23 statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 13, außer Sonnabend nachmittags und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 90 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Das Verzeichnis über die Neuerwerbungen der Berliner Stadtbibliothek während der Monate April—Juni 1916 ist erschienen und in der Bücherabgabestelle und im Lesesaal der Stadtbibliothek sowie in allen städtischen Lesehäusern und Volksbibliotheken zur Ausgabe gelangt. Es enthält 307 Nummern.

Aus den Gemeinden.

Herabsetzung der Kartoffelpreise.

Der Magistrat Neudölln hat sich veranlaßt gesehen, den Höchstpreis für Frühkartoffeln im Kleinverkauf auf 7 Pf. pro Pfund festzusetzen, trotzdem die Kartoffeln zum Produzentenpreis von 9 Pf. und den noch dazu kommenden Speien eingelauft waren. Maßgebend für diesen Beschluß war die überaus starke Lieferung durch die sechs Landkreise, denen die Kartoffellieferung übertragen ist, daneben kam noch eine unerwartet starke Zufuhr von Händlern aus dem Kreise Teltow, der wie bekannt fortgesetzt mit seinen Preisen heruntergeht.

Neudölln hatte von der vorigen Ernte bis zum 15. August 1916 nach den Bestimmungen der Verteilungsstellen 400 000 Zentner Kartoffeln zur Deckung des Bedarfs seiner Bevölkerung angemeldet. Von diesem Quantum wurden bis zum 15. Juni 268 000 Zentner abgenommen. Mit dem 15. Juni hörten die Kartoffellieferungen für die Stadt fast gänzlich auf. Da aber auch Frühkartoffeln erst seit dem 18. Juli geliefert wurden, so mußte der Meißbetrag in Höhe von 132 000 Zentnern in einem Monat abgenommen werden, trotzdem die Bevölkerung nur höchstens 75 000 Zentner im Monat konsumiert.

Infolgedessen entstand ein enormer Ueberschuß, der nur zum geringen Teil nach anderen Stellen abgeleitet werden konnte, sondern in der Hauptsache zu Trocken- oder Futterweiden Verwendung finden mußte. Dazu kam noch der unterirdische Handel aus dem Kreise Teltow, so daß sich der Magistrat veranlaßt sah, die überaus hohen Preise herabzusetzen, um dieser Fälle und der Konkurrenz des Kreises Teltow etwas zu begegnen. Der Verkauf geschieht nur an Neudöllner Einwohner, die sich als solche ausweisen können.

In Köpenick, das zum Kreise Teltow gehört, in dem der Produzentenpreis nur noch 5,50 Pf. beträgt, hat der Magistrat den Kleinverkaufspreis auf 7 Pf. für 10 Pfund festgesetzt.

Wochen Speisezettel der Charlottenburger Massen Speisung.

Montag: Reis mit Wachspflanzen. Dienstag: Rindfleisch mit Wirsingbohnen und Kartoffeln. Mittwoch: Weiße Bohnen sauer und süß mit Speck. Donnerstag: Warmer Kartoffelsalat mit Würstchen. Freitag: Gemüsesuppe mit Rindfleisch. Sonnabend: Kohlrüben mit Kartoffeln.

Aus dem Kreise Teltow-Beeskow.

Eine Erklärung Zubeils.

Wir werden um Aufnahme nachstehender Erklärung ersucht: In dem Bericht der Generalversammlung für Teltow-Beeskow vom Sonntag, den 6. August, wird gesagt, daß der Abgeordnete des Kreises eingeladen, aber nicht erschienen war. Dazu habe ich zu bemerken, daß ich ebenso wie die übrigen Funktionäre seit Anfang Juni weder zu einer engeren noch erweiterten Vorstandssitzung eingeladen worden bin. Infolgedessen lag für mich keine Veranlassung vor, an der Generalversammlung teilzunehmen.

F. Zubeil.

Zu den Differenzen im Wahlkreise Teltow-Beeskow erhielten wir folgende Zuschrift:

Köpenick, Montag, den 7. August, nahm eine von 58 Mitgliedern der Dammvorstadt besuchte Versammlung Stellung zu dem Beschluß der letzten Mitgliederversammlung des Köpenicker Wahlvereins: den Bezirksführer Genossen Heidrich seines Amtes zu entheben und eine Neuwahl vorzunehmen. Nachdem auf Einladung des Bezirks der Kreisvorsitzende Genosse Krause eine eingehende Darstellung der Verhältnisse innerhalb der Partei und im besonderen des Zwistes innerhalb des Kreises gegeben hatte, wurde nach einer eingehenden Debatte, an der sich unter anderem die Genossen Neumann, Wolf, Veier, Heidrich und Lorenz beteiligten, gegen drei Stimmen nachstehende Resolution angenommen:

Die heute am 7. August im Restaurant Jungklaus tagende stark besuchte Bezirksversammlung der Dammvorstadt beschließt: Im sozialdemokratischen Wahlverein Köpenick hat sich der Vorstand und ein Teil der Genossen planmäßig in den schärfsten Gegensatz zu den berufenen Organen (Kreisvorstand und Zentralvorstand für Groß-Berlin) gestellt. Sie haben die auf dem Boden der Opposition stehenden Genossen an der sachlichen Vertretung ihres Standpunktes verhindert und sich durch ihre Beschlüsse und Maßnahmen außerhalb des Rahmens der Organisation gestellt.

In Anbetracht dieses parteischädigenden Verhaltens beschließt die Versammlung, bis auf weiteres die Geschäfte des Wahlvereins selbst in die Hand zu nehmen. Die zu diesem Zweck zu wählenden Genossen sind verpflichtet, mit dem am 23. Juli gewählten neuen Kreisvorstande in Verbindung zu treten und für eine rege Agitation im Sinne unserer alten bewährten Parteiprinzipien zu sorgen.

(Dem im Anschluß hieran gegen 4 Stimmen gewählten neuen Vorstande gehören die Genossen F. Heidrich, Veier, Ruchay, D. Heidrich, Deutschmann und Genossin Riving an. Eine endgültige Konstituierung des Vorstandes erfolgt, sobald die Mitglieder der anderen Bezirke ebenfalls Stellung genommen haben.)

Aus der Schöneberger Gewerkschaftskommission.

Zu der letzten Sitzung waren außer den Delegierten noch sämtliche Berufsberater der „Fürsorge für Kriegsbekämpfte“ geladen. Stadtrat Dr. Rabnow behandelte in einem Vortrage die Fürsorge für Kriegsbekämpfte. In interessanter Weise schilderte er Aufbau und Zweck der Einrichtung und betonte besonders, daß

er das Hauptgewicht darauf lege, die Kriegsbekämpften nicht am Lohnbrüder werden zu lassen und sie möglichst in Dauerstellungen unterzubringen. — Nachdem schilderte Fräulein v. d. Decken die praktische Tätigkeit der „Fürsorgestelle“ an der Hand einiger Beispiele. Die Fürsorgestelle hat bisher weit über 1300 Fälle bearbeitet. Ihr unterstehen 19 Lazarette, die mit etwa 2100 Kriegsbekämpften belegt sind. — An diese Vorträge knüpfte sich eine rege Aussprache, in der die vorhandenen Differenzen aufgelöst wurden.

Ferienspiele in Neudölln.

Sonnabend, den 12. August, findet im „Karlsgarten“, Karlsgartenstr. 6—10, das Schlußfest statt, bestehend aus Konzert, Reigen- und anderen Aufführungen. Eintrittskarten zum Preise von 10 Pf. für Erwachsene und Kinder sind auf den Zahlabenden, im Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 8 in der Vorkampfbaustraße, Siegfriedstraße, und auf dem Spielplatz zu haben. Für Kinder, welche sich noch an den Ferien spielen beteiligen, ist der Eintritt frei. Karten werden auf dem Spielplatz bis Freitag ausgegeben. Die Kinder versammeln sich Sonnabend nachmittags 2 Uhr zum gemeinschaftlichen Admarjch auf den bekannten Sammelplätzen.

Soziales.

Gesundheitsschädigung durch ein ungünstiges Zeugnis.

Das Reichsgericht hat am 10. Juli ein jetzt mit Gründen veröffentlichtes bemerkenswertes Urteil über die Pflicht des Arbeitgebers gefällt. Es anerkennt in diesem Urteil, daß der Arbeitgeber zum Schabenersatz verpflichtet ist, wenn er vertragswidrig kündigt oder zu Unrecht ein ungünstiges Zeugnis ausstellt, und infolge dieser Handlungen der Angestellte oder Arbeiter an seiner Gesundheit Schaden nimmt.

Der Kläger war bei der Beklagten, einer Rollereigenossenschaft, in den Jahren 1912 und 1913 als Buchhalter gegen 2400 Mark Jahresgehalt unter der Vereinbarung dreimonatiger, auf Vierteljahresfrist zulässiger Kündigung angestellt. Die Beklagte hat ihm am 11. August 1913 auf 1. Oktober 1913 gekündigt und ihm auf sein Verlangen am 18. Oktober und 24. November 1913 zwei Zeugnisse ausgestellt, in denen ihm eine Reihe schwerer Vorwürfe wegen seines dienstlichen Verhaltens gemacht wurden. Der Kläger behauptet nun, daß er durch das allgemeine Verhalten der Vertreter der Beklagten, insbesondere durch die vertragswidrige Kündigung und durch die ungünstigen, ihrem Inhalte nach unrichtigen Zeugnisse sich ein nervöses Leiden sowie in Verbindung damit eine Herz- und Nierenarterienverengung mit der Folge teilweiser Erwerbsunfähigkeit zugezogen habe. Er klagt deshalb auf Feststellung, daß die Beklagte ihm allen durch das Leiden erwachsenen und noch erwachsenden Schaden zu ersetzen habe.

Das Landgericht Neu-Ruppin und das Kammergericht Berlin haben die Klage abgewiesen. Die hiergegen vom Kläger eingelegte Revision hatte den Erfolg, daß das Reichsgericht das klageabweisende Urteil aufgehoben und die Sache an einen anderen Senat des Kammergerichts zurückverwiesen hat. Die Entscheidungsgründe des höchsten Gerichts führen aus: Die Schlüssigkeit der vorliegenden Klage ist nicht zu beanstanden. Der Geschäftsherr ist vertragsmäßig verpflichtet, auf die Interessen des Angestellten, insbesondere auf dessen Gesundheit billige Rücksicht zu nehmen und ihm eine seiner Stellung entsprechende rücksichtsvolle Behandlung zu erteilen. Bei schuldhafter Verletzung dieser Pflichten ist er zum Schadenersatz verpflichtet. Soweit nun dem Vorstand der Beklagten allgemein ein vertragswidriges Verhalten zur Last gelegt wird, ist die Klage unbegründet, weil der Kläger nirgends die einzelnen tatsächlichen Vorgänge angeführt hat, in denen er die vertragswidrige Kündigung erblickt. Soweit die Klage auf die vertragswidrige Kündigung und die Zeugnisse gestützt ist, ist sie vom Kammergericht deshalb zurückgewiesen worden, weil es an dem ursächlichen Zusammenhang zwischen der klägerischen Krankheit mit den genannten Vorgängen fehle. Denn nach der eigenen Angabe des Klägers habe sein Arzt bereits am 23. September 1913 das Herzleiden festgestellt und es habe der Kläger selbst die von dem Arzt festgestellten Krankheitsmerkmale seit 1. April 1913 verspürt. Was nun aber auch das Leiden des Klägers in seinen Anfängen schon vor der Kündigung bestanden haben, so geht doch die klägerische Behauptung dahin, daß sich das Leiden wesentlich durch die erteilung der beiden Zeugnisse, deren Inhalt das ganze fernere Auskommen des Klägers und dessen Berufsausübung bedrohte, verschlimmert habe. Diesen Gesichtspunkt hat das Kammergericht nicht gewürdigt. Es muß aber als möglich angenommen werden, daß erst das Leiden, wie es sich infolge der Kündigung und der Zeugnisse gestaltet hat, zu der Erwerbsminderung geführt hat. Zur weiteren Verhandlung und Entscheidung hierüber ist deshalb die Sache in die Berufungsinanz zurückzuverweisen. (Stenogramm: III. 181/16.)

Gerichtszeitung.

Zum Versammlungsrecht.

Die Gewerkschaftssekretäre Hoffmeister, Vetter und Bongers sowie der Gastwirt Jöbel in Untergrüne bei Jserlohn sollten gegen die gemäß § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 erlassene Verordnung des kommandierenden Generals des 7. Armeebezirks vom 27. November 1914 verstoßen haben. Die Anordnung verbietet die Veranstaltung von Versammlungen, die nicht lediglich bestimmten, wie künstlerischen und geselligen Zwecken dienen, und die Teilnahme an Versammlungen, wenn sie nicht ausdrücklich genehmigt worden sind. Das Landgericht zu Hagen sprach die Angeklagten frei. Nach der von ihm getroffenen Feststellung hatten die drei Gewerkschaftssekretäre für die in verschiedenen Betrieben beschäftigten Metallarbeiter eine Versammlung nach den Räumlichkeiten des Wirtes Jöbel einberufen. In der Ankündigung der Versammlung war eine wirtschaftliche Frage als Gegenstand der Tagesordnung bezeichnet worden. Die drei Gewerkschaftssekretäre, die in der Versammlung als Redner auftraten, behandelten auch eine solche Angelegenheit. Eine Genehmigung für die nicht öffentliche Versammlung ist nicht nachgefragt worden. Die Anordnung von 1914 nimmt wirtschaftlichen Zwecken dienende Versammlungen von der Genehmigungspflicht nicht aus. Die Angeklagten haben zugegeben, diese Anordnung gekannt zu haben. Sie sind aber, wie das Landgericht näher darlegte, nach sorgfältiger Prüfung unter Berücksichtigung der für andere Armeebezirke ergangenen, die Ausübung des Versammlungsrechts beschneidenden Anordnungen der Militärbehörden und verschiedener Zeitungsartikel zu der Ueberzeugung gelangt, daß auch die hier fragliche Anordnung nur öffentliche Versammlungen im Auge habe. Unter diesen Umständen verneinte das Landgericht, wenn es auch annahm, daß die Anordnung sich auf öffentliche wie nichtöffentliche Versammlungen erstrecke und auch in letzterer Beziehung rechtswirksam sei, die Strafbarkeit der Gewerkschaftssekretäre. Was den Wirt Jöbel angeht, so stellte sich das Landgericht auf den Standpunkt, daß ihm gegenüber die Anwendbarkeit der Anordnung überhaupt nicht in Frage komme. Gegen das Urteil des Landgerichts legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Sie meinte, daß die Anordnung des Militärbehörden die Eigenschaft einer Strafnorm habe, so daß die Angeklagten bei einer für unrichtig gehaltenen Auslegung der Anordnung nicht vor Strafe geschützt seien. Die Oberstaatsanwaltschaft beantragte in der letzten Sitzung des Ferien-Strassenrats des Kammergerichts, die Revision zurückzuweisen. So hat auch der Senat erkannt. Er sprach aus, daß die Angeklagten sich allerdings der Anordnung des Militärbehörden gegenüber nicht auf das Vereinsrecht berufen könnten, da unbedenklich unter der Geltung des Gesetzes vom 4. Juni 1851 gewährleistete Rechte aufgehoben

würden dürften. Der Anordnungsbescheid, die zur Ausführung dieses Gesetzes erlassenen Befehle, die auch das Vereinsrecht angeht, nicht den Charakter von Strafbefehlen, so daß der § 9b des Strafgesetzbuchs Anwendung finden könne. Daraus ergebe sich, daß die Angeklagten nur dann bestraft werden könnten, wenn ihre Annahme, daß die Anordnung vom 27. November 1914 nur öffentliche Versammlungen betreffe, auf Fahrlässigkeit beruhe. Daß aber Fahrlässigkeit bei den Angeklagten nicht vorliege, habe das Landgericht rechtl. bedenkenfrei angenommen.

Kautionschwindel.

Auf dem Wege des Kautionschwindels will der Gastwirt Peter Hermann in kurzer Zeit um seine gesamten Ersparnisse gekommen sein. Er erzählte gestern sein Mißgeschick vor der Ferienstrassengericht des Landgerichts I als Belastungszeuge gegen den aus der Strafkammer vorgeführten Schlichter Paul Kochadt, der die sogenannte „Weddinger Fleischzentrale“ betrieb.

Der Zeuge hatte eine kleine Gastwirtschaft, mit der er infolge des Krieges nicht mehr vorwärts kam, so daß er auf den Gedanken kam, eine kleine Fleischverlauftelle sich einzurichten. Zur Durchführung dieses Gedankens machte ihn ein Fleischergeselle mit dem Angeklagten bekannt; dieser aber redete ihm den Plan aus und machte ihm den Vorschlag, ihn in seiner „Weddinger Fleischzentrale“, die eine wahre „Goldgrube“ sei, als Filialleiter anzustellen. Er verlangte aber eine Kautions von 2000 R. und begründete dies damit, daß er sichergehen müsse, da er schon mit anderen Filialisten hineingefallen sei. Er befand sich in glänzender Vermögenslage, habe eine Braut mit einem Vermögen von 75 000 R., besitze ein künftiges Konto bei der Bank und mache ein glänzendes Geschäft. Der Angeklagte führte Herrn H. auch durch die Geschäftsräume, die Küchelleiter und seine Privatwohnung und machte hierdurch solchen Eindruck auf ihn, daß er sich dazu bereit erklärte, die ihm angebotene Stellung zu übernehmen. Freilich konnte H. nur 1000 R. mühsam zusammenbringen und war sehr froh, als ihm Kochadt die zweiten 1000 R. großzügig erließ. H. behauptet nun, daß er die 1000 R. ausbrüchlich als Kautions habe hingeben wollen und sie auch nur unter dieser Bezeichnung bei der Bank für Kochadt eingezahlt habe, während der Angeklagte dabei blieb, daß das Geld ihm zu freier Verfügung überlassen worden sei. Das Ende vom Liede war, daß H. auf Grund verschiedener Vorkommnisse mißtrauisch wurde, seine Bedenken über die Sicherheit seiner 1000 R. äußerte, damit aber nur erreichte, daß er eines Tages Knall und Fall entlassen wurde unter der Behauptung, daß er sich Veruntreuungen habe zuschulden kommen lassen. Es ergab sich, daß die ganzen 1000 R. bis auf einen winzigen Rest vom Angeklagten verbraucht worden waren und auch das „Konto“ des Angeklagten auf der Bank fast auf dem Nullpunkt angelangt war. Das Schöffengericht hatte als erwiesen erachtet, daß die ganze glänzende Aufmachung des Angeklagten nur Humbug war, daß er die ganze Einrichtung der „Weddinger-Zentrale“ auf Abschaltung angebracht hatte, und der Zeuge behauptete auch, daß zahlreiche Großschlichter um ihr Geld gekommen seien, und daß auch der wertvolle Viberpelz, in dem der Angeklagte mit Vorliebe paradierte, und die Brillanten an seinen Fingern an Dritte verpfändet waren. Der Angeklagte ist übrigens inzwischen wegen Scheckschwindels zum Schaden von Großschlichtern zu ein Jahr Gefängnis verurteilt worden. — Da Rechtsanwalt Dr. Harry Vincus für ihn behauptete, daß seine Tageslohnungen täglich so hoch gewesen seien, um H. für seine 1000 R. befriedigen zu können, hielt es die Strafkammer doch für geboten, in den Geschäftsbetrieb der „Fleischzentrale“ noch mehr hineinzuleuchten und weitere Feststellungen über die finanzielle Lage des Angeklagten und seine Zahlungsfähigkeit zu treffen. Es sollen deshalb noch mehrere Zeugen geladen werden.

Aus aller Welt.

Gegen die Absperrung der Wälder.

Einen sehr vernünftigen Erlaß hat der Landrat des Kreises Saalfeld i. Th. herausgegeben, der sich gegen das Verbot immer weiterer Kreise — nicht nur Privatbesitzer, sondern auch Gemeinden — wendet, ihre Wäldungen abzusperren und dadurch das Pilzesammeln und Beerensuchen zu unterbinden, während die Reichsstellen immer schreiben: Bewertet die Pilze und Beeren! Es heißt in dem Erlaß:

„Vielfach sind in Zeitungen Anzeigen folgenden Inhalts zu lesen:

„Das Betreten des Waldes sowie das Sammeln von Pilzen und Beeren darin ist bei Strafe verboten.“

Derartige Maßnahmen entsprechen nicht der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlicher Not, in der es geboten ist, die Erzeugnisse des Waldes gerade den ärmeren Volksschichten zugänglich zu machen. Ich veranlasse daher, solche Verbote für Waldgrundstücke, die den Gemeinden gehören, nicht zu erlassen, auf die Besitzer von Privatwaldungen und von Weiden, Gütungen usw. dahin einzuwirken, daß sie ihre Waldungen und dergleichen für das Sammeln von Beeren und Pilzen und für belehrende Wanderungen soweit irgend möglich freilassen.“

Zwei Kriegsgefangene mit einer Ehefrau.

Dem „Corriere della Sera“ zufolge befinden sich zurzeit in Afimara, wo die von dem serbischen Heere gemachten österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen interniert sind, zwei österreichische Landwehrmänner, die im Gefangenenlager entdeckt haben, daß sie ein und dieselbe Frau zur Gattin haben. Der erste dieser Landwehrleute war verheiratet, als der Krieg ausbrach, geriet in den ersten Monaten in serbische Gefangenschaft und wurde als tot gemeldet. Nach Jahresfrist verheiratete sich die Witwe wieder, hielt auch den zweiten Gatten in den Krieg ziehen, erhält aber von ihm Nachricht, daß er in Italien interniert ist. Sie sendet ihm ein Paket mit allerlei Geschenken, denen sie ihre Photographie beifügt. Der glückliche Empfänger läßt das Bild im Lager die Runde machen, wobei ein Mitgefangener darin die Jüge seiner eigenen Frau erkennt. Es kommt zu einer Aussprache zwischen beiden, bei der der erste Gatte zunächst zwischen Mut und Verzweiflung schwankt, sich aber schließlich mit der Tatsache abfindet. Die beiden Gefangenen sollen sich dann brüderlich in die Gaben der Spendern, die des einen Frau und des anderen Witwe war, geteilt haben. Namen und Ortsangaben fehlen in der Notiz des Mailänder Blattes. (2)

Massenvergiftungen. In Oshay (Sachsen) erkrankten infolge Genußes von verdorbenem Pferdefleisch etwa 100 Personen. Das Fleisch war von ein und demselben Schlächter bezogen worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Die erkrankten Personen befinden sich in ärztlicher Behandlung. Todesfälle sind glücklicherweise noch nicht zu verzeichnen.

Eine Katastrophe in der schwedischen Textilindustrie. Die Kopenhagener „Nationaltidning“ meldet aus Stockholm: Bei starkem Sturm brannten am Sonntag die in der Nähe der Fornsäpinnerie gelegenen großen Flachslager nieder, die die Vorräte aller schwedischen Spinnereien bildeten. Sie enthielten 1100 Tonnen Ware. Der Wert beträgt weit über 2 Millionen Kronen. Da es trotz aller Anstrengungen vergeblich gewesen ist, von Rußland Flach zu erhalten, ist Schweden jetzt ohne Flach. Viele Spinnereien haben bereits am Montag den Betrieb eingestellt.

Ausgedehnte Waldbrände sind nach Meldungen Schweizer Blätter auf den Höhen des Appenin bei Rado in Ligurien ausgebrochen, die trotz Ausbreitung von Truppen immer weiter um sich greifen. Der bis jetzt festgestellte Schaden ist sehr bedeutend.

Parteiveranstaltungen.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Verbandsbureau: Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen.
Die Bureauzeit ist vom 1. August ab vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
Alle Zuschriften, Verbandsgeschäfte Groß-Berlins betreffend, sind an **Richard Herbst**, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen, zu richten.
Ebenso sind Geldsendungen für den Verband Groß-Berlin, für die Kinderbeschäftigungskommission sowie das Arbeiterbildungssekretariat nur an **Richard Herbst**, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen, zu adressieren.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt), III. Abteilung, Wahl-abend am Mittwoch, den 9. August, bei Raftmann, Büchelnstr. 118. — 3 ab 10 Uhr, Donnerstag, den 10. August, bei Krüger, Bernauerstr. 63.

Fünfter Kreis, 2. Abteilung, Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Jahlabend beim Genossen Pöwels, Poststr. 7.

Sechster Kreis, Die Frauen der 19. Abteilung veranstalten am Donnerstag, den 10. August, ein Kaffeefest im Kinders' Volksgarten, Reinickendorfer-Str. Hauptstr. 31. Treffpunkt nachmittags 3 1/2 Uhr, Kolonnenstr. 12, Christianstraße.

Wilmersdorf, Der Jahlabend findet für den 1. und 2. Bezirk bei Vich, Seelener, Ede Kaulsdorfer Straße, für den 3., 4. und 5. Bezirk bei Gröschke, Kaiser-allee 209, für den 6., 7. und 8. Bezirk bei Schilling, Lauenburger Str. 21, und für den 9. Bezirk bei Bauer, Durlacher Str. 8, statt.

Preis-Buchung, Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Jahlabend bei Heintz, Pauline Ideal, Kungälderstr. Bericht von der Kreisgeneralsversammlung am 6. August. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vorhagenwald-Wittenau, Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Jahlabend bei Bethweil, Mittelstr. 74.

Reinickendorfer-Ch. Heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Sadau, Residenzstr. 124: Gemeinsamer Jahlabend.

Weißensee, Der Jahlabend findet heute im Lokal von D. Rasche, Berliner Allee 251, statt. Vortrag über die Lebensmittelbeschaffung der Gemeinde.

Steglitz, Heute abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend bei Schellhase, Koenigsr. 15a. — Der Trübsalabend tagt bei Jacob, Stephanstr. 9.

Oberschöneweide, Heute abends 8 1/2 Uhr: Einzeljahlabend, in den Bezirken 1, 2a, 2b bei Schüller, 2 bei Kleinf, 3 und 4 bei Wamete, 5 bei Pamp, 6, 6a und 7 bei Gerber.

Kaulsdorf-Vieddorf, Der gemeinsame Jahlabend findet heute, abends 8 1/2 Uhr, in Kaulsdorf, Ödener Str. 5, im Restaurant Dampf statt. Tagesordnung: Kassendruck, Bericht von der Verbandsgeneralsversammlung, Verschiedenes.

Veterhagen-Prederdorf, Mittwoch, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Jahlabend bei Richter, am Bahnhof.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf, Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathhaus, Hauptstr. 39 (großer Sitzungssaal).
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Volksgesundheit, Nr. 8, Zeitschrift des Verbandes für Volksgesundheit, erscheint monatlich, jährlich 3 R. Selbstverlag des Verbandes in Köpchenbroda-Dresden.
Eintritts- und Durchbruch der Zentralmächte, (Heft 15/16 der Flugblätter I. Deutscher-Lingarschen Erziehung), 1,60 R. E. Straße, Wilmersdorf in Berlin.
Soziale Strukturveränderungen im Vantwesen, Von Dr. D. Schmid, 1 R. Volkswirtschaftlicher Verlag, Berlin-Lichterfelde 3.
„Internationale Organisation“, Heft Nr. 11/12, Herausgeber: Dr. A. G. Fried, 1 R. Art. Institut Drell Köpfl, Köpfl.
Das Cogitantium und die neueste menschliche Wissenschaft, Von Dr. E. Koenenhal, 8 S. D. Dreger, Berlin W. 57.
Karl der Fünfte und seine Krieger, Erster und zweiter Teil von Werner von Heidenstam, Jeder Teil 4 R., geb. 6 R. H. Langen, München.

Deutsche Gesetzgebung für die okkupierten Gebiete Belgiens, Herausgegeben von Ch. v. Duderich, 4 Serie, 2. Juli 1915 bis 29. September 1915, 433 S. — Martinus Hoff, Haag.
Der Krieg und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Von Prof. Dr. E. Singer, 80 S. — Angewandter-Verlag, Wien und Leipzig.

Die Lichtreaktion der Gewebskörper, Von J. Schanz, 14 Seiten Text und 5 Tafeln. — Verlag W. Jäger, Bonn.
Kinderkranke und staatliche Kinderversicherung, Von Th. Nahn, (Sonderabdruck aus Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie), D. G. Teubner, Leipzig.
Jandarin Circe, Roman von G. Engel, (Kronen-Lichter), 1 R. — Kronen-Verlag, Berlin SW. 68.

Die Judenfrage als wissenschaftliches Problem, Von E. Feuchtwanger, 2 R. — E. Heymann, Berlin W. 8.
Tat-Jahreshefte, Nr. 14: Volkshilfen und Volksbibliothek, Von D. Dierig, 60 S. — Nr. 15: Religion und Freimaurerei, Von D. Dierig, 50 S. — Das Wesen der Geschlechtskrankheit, Von Grete Weis-Def, Zwei Bände, 10 R., geb. 18 R. — Richard Wagner's Briefe an Hans v. Bülow, 7 R., geb. 9,20 R. — Verlag E. Neuberger, Jena.

Einfachen ohne Jüden, Herausgegeben von Frau Helene Klingemann, 25 S. — Ed. Kodes Buchhandlung, Chemnitz.
Die deutsche Sozialdemokratie und der Krieg, Eine Rede von H. Scheibemann, gehalten in Breslau, 20 S. — Verlag der „Breslauer Volksmacht“ in Breslau.

Prof. Dr. G. Jaegers Monatsblatt für Lebenskunde und Gesundheitspflege, Nr. 7/8, jährlich 3 R. — B. Rothhammer, Stuttgart.
Menschen ohne Heimat, Roman von J. Weichmann, 2,50 R. Verlag, Deutschlands Großloge 2 des J. D. O. L. Hamburg 80.

Kriegswirkungen in der Holzindustrie, Sonderabdruck aus dem Jahrb. 1915 des Deutschen Holzarbeiterverbandes, 50 S. Selbstverlag des Verbandes in Berlin, SO. 16.
Der Kunstfreund, Heft 7, Zeitschrift der Vereinigung der Kunstfreunde, Verlag H. O. Krowitzky, Berlin-Schöneberg.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bei Annoncen Lindenstr. 2, IV. Col. 12 ab, barocca, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Wohnortangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Wagner, Rüdigerstraße, Leider ist da nichts zu machen. Der Armenarzt ist maßgebend. — W. Z. 22. Ein der Krankenfalle angehöriger Soldat hat, auch wenn er im Lazarett sich befindet und erwerbsunfähig ist, von der Krankenkasse Krankengeld zu beziehen. Ist ein Soldat 26 Wochen lang ununterbrochen erwerbsunfähig, also im Lazarett, so steht ihm gegen die Landesversicherungsanstalt die sogenannte Krankenrente zu. Wegen Unterbrechungen in der Krankenkassen-Erwerbsunfähigkeit vor, so besteht ein Anspruch auf diese Krankenrente für vorübergehende Unfähigkeit nicht. — G. R. 100. Nur wenn das Rente auf Grund eines Krankenscheines ausgestellt worden ist. — G. R. 12. 1. Kassen entstehen nicht. 2. Am Abrechnungs, II. Band, Teil IV, Seite 430 sind Gesetze für Verordnungen angegeben. — W. Z. 22. Lungen- und Herzleiden, die aber doch nicht völlig unheilbar sind, so daß zur Zurückzahlung erfolgt ist. — G. R. 66. Das ist bei den verschiedenen Instanzen verschieden. — G. R. 475. 1. Ja, 2. Ja. Die fiktive Veranlagung bleibt bestehen; man kann nur, wenn während des laufenden Steuerjahres infolge des Wegfalls einer Einkommensquelle oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle (z. B. Krankheit) das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist, eine entsprechende Ermäßigung der Steuer beantragen. — W. R. 24. Da solche Auslassungsgebühren für nicht getane Arbeit an die Kirche zu zahlen sind, ist eine alte Streitfrage, diese ist aber in den unteren Instanzen in letzter Zeit zugunsten der Kirche entschieden worden. Deshalb empfiehlt es sich, zur Verminderung der Kosten die Kosten nicht einmal zu zahlen. Von einer Auslassungsgebühren kann nach dem Rechtsgefühl in Ihrem Fall keine Rede sein; die Kirche kann nicht für eine Arbeit, die sie nicht verrichtet und die sie zu verrichten nicht einmal sich angeboten hat, Kosten verlangen. Aber die Gerichte konstatieren die nicht erfolgte Leistung der Verdienste als eine der Kirche zuzurechnende Gebühr. Das Reichsgericht hat unsere Ansicht diese Frage noch nicht entschieden. — 100. C. J. Die Werbung bei der Krankenkasse muß erfolgen. Für die Weiterzahlung des Lohnes während der Arbeitsunfähigkeit kommt der § 616 a. O. B. in Betracht. Danach wird der zur Dienstleistung Verpflichtete des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Die grob die verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit ist, hat von Fall zu Fall unter Würdigung aller Umstände, insbesondere auch der Länge des Arbeitsverhältnisses und der Räumigungsfrist, das Gericht zu entscheiden. — W. R. 24. 1. Leider kann in dem von Ihnen beschriebenen Fall die Unterstützung entzogen werden, wenn angenommen wird, Bedürftigkeit liege nicht vor. Die Frau hätte dann Bekörderung, zunächst beim Landrat, dann beim Regierungspräsidenten usw. bis zum Minister einzulegen. 2. Das ist gesetzlich nicht festgelegt, das Gesetz spricht nur von Bedürftigkeit.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Im östlichen Ostseegebiet vielfach wolfig. Stellenweise etwas Regen. In den anderen Gegenden vorwiegend heiter, trocken und am Tage warm.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Adolf Schneider
Rantensfelstr. 88, Bezirk 4 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 9. August, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstr. 129, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges verlor am 1. August an den Folgen seiner schweren Verwundung im Referatsamt mein innig geliebter Vater, Papa, Sohn, Schwager, Bruder, Schwager und Onkel, der Referat
Max Brüssow
Ritter des Eisernen Kreuzes im höchsten Alter von 29 Jahren.
Im tiefsten Schmerz:
Die trauernde Gattin **Gertrud Brüssow geb. Barnack**
Kurt Brüssow als Sohn,
Emilie Brüssow als Mutter und Angehörige. 14781

Zum Gedenken!
An seinem Todestage bringen wir unserem teuren Freunde
Wilhelm Dorn
diese kurzen Zeilen zum Gedächtnis. 14781
Dein Tod war nur möglich, weil der Gegner Dich nicht kannte. Deiner werden wir Reis gedenken!
Ruhe still in Mutter Erde!
Deine Freunde
Artur Arndt
Georg Pätz.
Am 9. August 1916.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter, treuherziger, herzenguter Mann und Vater, der Jungfer
Hermann Preißer
im 51. Lebensjahr nach langem, schwerem, in Schuld ertragenem Leiden am 7. d. Mts. verstorben ist. 10738
In tiefer Betrübnis
Agnes Preißer nebst Töchtern und Verwandten.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. August, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Jakobikirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Als ein Opfer des Weltkrieges fiel am 23. Juli unser lieber Kollege
Albert Hentschel.
Wir werden immer sein Andenken in Ehren bewahren.
Die Kollegen
und
Kolleginnen des Elementarbaues Mix u. Genest.
Horel, Grof. K. Die folgende Frage: Volkshausgabe 2 80 R. Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 3.

Führer
durch das preussische Einkommensteuergesetz
Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister
Preis 40 Pf.
Zu haben in allen 32 Bortwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Lindenstraße 3

Billige Preise!
Ohne Bezugschein,
laut amtl. Bekanntmach. nicht bezugscheinpflichtig, da vor der Bestandaufnahme schon am Lager gewesen.
Reisende Seidenmantele, imprägniert, wunderbare Farbenstellung, Glockenformen
75.- 85.- 44.- 42.- 274
Schwarze Seidenmantele aus Kollenna, Tafel etc.
85.- 85.- 45.- 36.- 20.-
Gummimantele mit Kappe, fescbe Formen, Doppelschicht, blau, grün, feldgrün, weizen, Glockenschneitte
85.- 42.- 36.- 33.- 33.-
Imprägnierte Staubmantele 20.- 24.- 18.- 144
Herrengummimantel 85.- 42.- 36.- 25.-
Modell-Kostüme, vornehme Formen, Musterstücke, das Feinste, was die letzten Neubeiten gebracht, mit Pelzbesätzen, Herbst-Modella, Samt, Seide, Kammgarn, Tuch etc.
300.- 150.- 85.- 70.-
Fescbe Kammgarn-Kostüme 60.- 45.- 30.- 18.-
Rechts Pelzmantel mit wundervollen Besätzen, beste Verarbeitung, gediegene Felle
1200.- 900.- 800.- 425.-
Einselne Pelzjacken 260.-
II. Geschäfte Große Frankfurter Str. 116 (nahe Andreasstr.).

Nachruf.
Am 5. August entschlief nach langem, schwerem Leiden unser Expedient, Herr
Hermann Borchert
nachdem er mehr als 26 Jahre in unserem Hause tätig war.
Der Entschlafene zeichnete sich während dieser langen Zeit durch rege Arbeitsfreudigkeit und treue Pflichten-Erfüllung aus.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. 11291
Neumann, Hennig & Co. Goldleistenfabrik.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 9. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
Berlin C. H. Bahndorf, Uckerstr. 174.
O. Karl Welle, Petersburger Platz 4. R. Wengels, Kartausstr. 26.
NO. 2. Jucht, Annamellstr. 12.
N. H. Wolgast, Poststr. 9. G. Richter, Balkanstr. 6.
Karl Wars, Grefenbagenstr. 22. J. Fönisch, Müllerstr. 31a.
S. Vogel, Poststr. 5.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshafenstr. 48.
SW. G. Schmidt, Börsendamm 42.
S. St. Preis, Ringstr. 31. G. Lehmann, Rotbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Langher Weg 14/15. V. Gorich, Eingeliefer 15.
Adlershof, Karl Schwarzsche, Börsenstr. 28.
Baumschulenweg, G. Hornig, Moritzdammstr. 18, I.
Borsigwalde, Paul Rieck, Mühlstr. 10.
Charlottenburg, Gustav Schandberg, Seelenbinder Str. 1.
Friedrichshagen, Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Max Goussur, Hartstr. 23.
Karlshorst, German Billing, Dönhoffstr. 28.
Köpenick, Emil Richter, Riegerstr. 6, Laden.
Lichtenberg I, Otto Seitel, Bartenbergstr. 1.
Lichtenberg II, A. Rosenkranz, Alt-Bogdanz 56.
Neukölln, W. Heinrich, Redakteur 2. C. Rohr, Siegfriedstr. 29/29.
Nieder-Schöneweide, Edilb. Haruh, Brückenstr. 10.
Nowawes, Karl Krohnberg, Odenbaderstr. 10.
Ober-Schöneweide, Alfred Voder, Wilhelmshafenstr. 17, Laden.
Pankow, Otto Rühmann, Wühlstr. 30.
Reinickendorf, V. Gurich, Gropingstr. 56, Laden.
Schöneberg, Wilhelm Baumler, Reisinger Str. 9 im Laden.
Spandau, Schuhmacher, Dreieckstr. 64.
Steglitz, G. Bernier, Alieustr. 5.
Tempelhof, Joh. Krohn, Dorffstr. 62.
Treptow, Robert Gramenz, Rielholzstr. 412, Laden.
Weißensee, Gustav Roßkopf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholf. Getränke Franz Abraham Hamb. Meisins-u. Römertrank-Kell. C. 25 Berlinstr. 8a, Fernsp. Kgt. 13700	Erscheint 2 mal wöchentlich. Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen. August Holtz 13 Detail-Geschäfte. Harm. Kunort, Culmstr. 29	Bierbrauerei, Bierhandlung. Brauerei Bötzwow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges. Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel	Cacao, Schokolade, Confitüren SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt. Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Rühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest	Kolonialwaren Fritz Kühner, Schillmannstr. 11. Kaffee-Rösterei A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen nur reelle Qualitäten Amerikan. verfeinelt. Feinstgutes Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Tengelmann Mehlhandlung, Mühlstr. 44-46 Kochkell. Wöhrstr. 33, Kaiser-Friedr. Str. 44, Wasserstr. 159, Friedrichstr. 23 Tropen, Gritz-Str. 44	Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf. Molkereien „Schweizerhof“ Molkerei und Molkereianstalt, Emdener Str. 46 u. Tal. II 2506. Nähmaschinen Görlitzstr. 26 Bellmann, E., Nähmaschinen	Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit Berl. N.W. 21 Alt Moabit Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb
Bade-Anstalten Moukolin Anzengruberstr. 28. Central-Bad Koppenstr. 99 Diana-Bad sämtliche Bäder. National-Bad, Brunnenstr. 9. Passage-Bad Kottbusser-Damm 79. Reform-Bad, Wiener Str. 46. Bäcker-u. Konditoreien Fr. Friedrich, Eisenbahnstr. 21.	Gebrüder Manns 43 eigene Detailgeschäfte Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43 Uhly & Wolfram Cigarrenfabriken JUHL 250 GESCHÄFTE J. Neumann 200 Niederlagen	C.H. Habels Brauerei hell - Habelbräu - dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkl Wanninger Bier! Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97 Tel. Kpt. 2651, 2682 Orogen und Farben Werder-Drogerie, Britz, Kaiserstr. 4a Essigfabriken Timmer-Essig überall erhältlich	Inh. Herm. Gerboch Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gercke, Petersburgerstr. 31 Otto Koenig, Alte Janobstr. 24. Luecke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr. Hüte, Mützen, Pelzwaren Schoerr, Herm., Wilmersd. Str. 46 Vester, E. Kottbusser-Damm 18/19 Harren-u. Knabengard. Badstr. 26, Ecke Prinzess-allee J. Baer Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 2. Eckhaus Lindenstr. Leake & Sipeckel, Schick-Allee 7	Gaede, Otto Charlottenburg. F. Pfingstmacher, Colonnenstr. 47. Wrangelstr. 75 F. W. Sichter Kochkell. Wöhrstr. 33, Kaiser-Friedr. Str. 44, Wasserstr. 159, Friedrichstr. 23 Tropen, Gritz-Str. 44 Photogr. Apparate Kottbusserstr. 2. M. Albrecht auch Geleisengest. 23. Photo-Janson, Hauptstr. 23.	Optiker, Mechaniker Groß, Paul, Warschauerstr. 66. Schubert, Carl, N. Klln, Bergstr. 148 Welche, Liköre, Fruchtäfte Hugo Belling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Herm. Meyer & Co., Act. Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl. Underberg Bismarckstr. 10 anerkannt bester Bitterlikör	Schreibwaren O. Frochow, N. Klln, Bergstr. 49 Uhren u. Goldwaren Lohmann, Alb., Franz, Allee 4 Verelcherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung, Straße 2. Wirtschaften, Etablissements, O. Rohloff, Fentl, Brause, Kollwitzstr. 11 Original-Schultheiß-Ausschank Alexandrerpl., Rib. Schloßpark Mahlkörner Franz A. Pagel, Kolonialwaren. Marlandorf H. Wagner, Kollwitzstr. 11, Fiesels-Weg 11 Spandau Scheurlein, Mühlstr. 33, Fiesels-Weg 11